

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer
Berlin SO 36, Schlesische Str. 42
Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 119 44

Berlin, den 27. September 1930

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis:
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Lehren aus der letzten Reichstagswahl

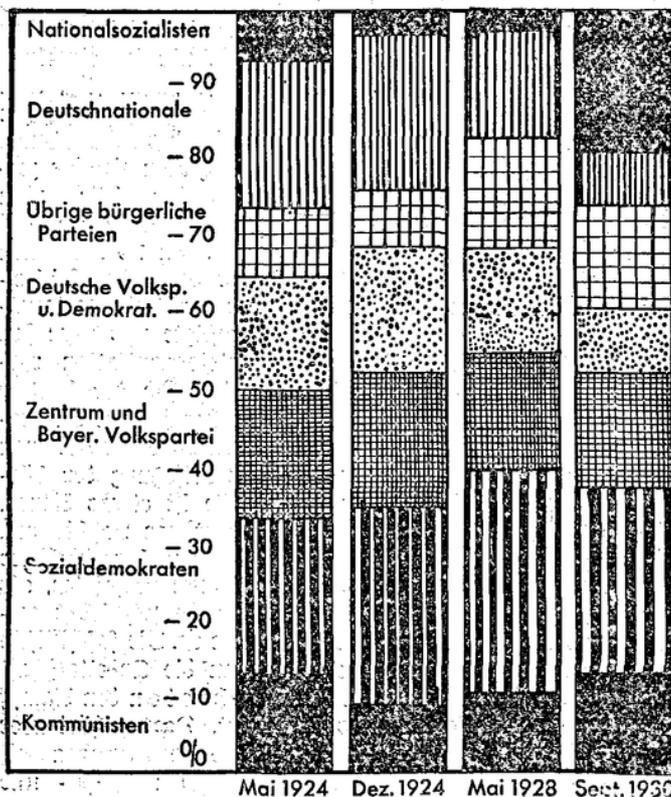
Einen ersten allgemeinen Ueberblick über die Ergebnisse der Reichstagswahlen haben wir bereits in Nummer 38 der „Gewerkschaft“ gegeben. Im folgenden werden wir dieses Bild durch eine etwas eingehendere Betrachtung vervollständigen und verfeinern. — Das ist nur möglich, wenn wir die Wahlen vom 14. September mit den vorhergehenden Wahlen vergleichen. Dabei darf man sich aber nicht auf einen Vergleich nur mit den vorletzten Reichstagswahlen im Mai 1928 beschränken, sondern muß noch weiter zurückgehen, wenn man ein einigermaßen zutreffendes Bild von der politischen Entwicklung gewinnen will. Wir geben daher in unserer ersten Tabelle eine Uebersicht über die Ergebnisse der Reichstagswahlen seit dem Mai 1924. Denn schon auf den ersten Blick ergibt sich, daß die eben hinter uns liegenden Wahlen mit denen des Mai 1924 sehr viel ähnliche Züge aufweisen. Das ist kein Zufall, denn beide fanden statt in einer Zeit der Krise, der Aufwühlung der Massen durch wirtschaftliche und soziale Not. Damals waren es die Auswirkungen der Inflationsperiode mit all ihren Schrecken, heute ist es die ungeheure, verbitternde und entmutigende Arbeitslosigkeit und die auch den „bürgerlichen Mittelstand“ drückende Wirtschaftskrise. Die letzten Wahlen standen im Zeichen einer außergewöhnlich hohen Wahlbeteiligung. Es sind daher auch im neuen Reichstag 75 Abgeordnete mehr als im letzten. Legen wir die Verhältniszahlen unserm Vergleich zugrunde, so ergibt sich, daß von je hundert gültigen Stimmen abgegeben wurden

heute sind eine offen faschistische Partei, die man nicht einfach mit den bürgerlich-reaktionären Deutschnationalen gleichsetzen darf.

Zwischen dem Mai 1924 und dem September 1930 lagen zwei Reichstagswahlen, deren Ergebnis — in ganz großen Zügen gesehen — ein schwerer Verlust der Rechten um fast ein Drittel, ein weniger starker Rückgang der Kommunisten und ein glänzender Aufstieg der Sozialdemokratie war, während die bürgerlichen Parteien der Mitte (außer dem Zentrum) zersplitterten und innerlich verfielen.

Demgegenüber zeigen die Wahlen vom 14. September ein völlig anderes Bild. Sie fallen gewissermaßen aus dem Rahmen der bisherigen Entwicklung heraus und zeigen, daß etwas

für die	Mai 1924	Dez. 1924	Mai 1928	Sept. 1930
SPD	20,5	26,0	29,8	24,5
KPD	12,6	9,0	10,6	13,1
Nationalsozialisten	6,5	3,0	2,6	18,3
Deutschnationale	19,5	20,5	14,3	7,0
Zentrum	13,4	13,6	12,1	11,8
Bayerische Volkspartei	3,2	3,8	3,1	3,0
Deutsche Volkspartei	9,2	10,1	8,7	4,7
Demokraten	5,7	6,3	4,9	3,8
Wirtschaftspartei	—	3,3	4,6	3,9



Diese Zahlenreihen werden noch deutlicher, wenn man sie bildlich darstellt (siehe Abbildung). Dann erkennt man sofort die oben erwähnte Ähnlichkeit der Wahlen vom Mai 1924 und September 1930. Die Kommunisten sind heute verhältnismäßig nur wenig stärker als damals und die Deutschnationalen und Nationalsozialisten zusammen haben jetzt wieder fast den gleichen Stimmenanteil wie 1924. Aber sehr deutlich geht aus unserem Schaubild hervor, daß die letzteren leiden ihre Rollen getauscht haben. Jetzt sind die Nationalsozialisten die weitaus stärkeren und die Deutschnationalen sehr zusammengeschumpft. Allerdings ist die soziologische Zusammensetzung der Rechten eine andere geworden, und damit hat sich auch ihr politisches Gesicht gewandelt. Die Nationalsozialisten von

im Staate nicht in Ordnung ist. Das Barometer steht auf Sturm. Diese Wahlen standen im Zeichen des politischen Radikalismus, hatten einen fast ausschließlich sozialen Hintergrund.

Die Sozialdemokratie hat trotz der stärkeren Wahlbeteiligung im ganzen rund 580 000 Stimmen und 10 Mandate verloren, die Kommunisten haben dagegen 1,3 Millionen

Stimmen und 22 Mandate gewonnen. Die Sozialdemokratie hat in diesem Wahlkampf, in dem sie unter ungünstigsten Verhältnissen nach zwei Seiten hin kämpfen mußte, bewiesen, daß sie fest steht. Sie hat zwar eine große Zahl derer, die 1928 zu ihr gekommen waren, nicht halten können und sie hat in die bisher unaktiven proletarischen Kreise nicht einzudringen vermocht, aber dafür kann sie die 8,6 Millionen Wähler, die in diesen Sturmwahlen treu zu ihr gestanden haben, als festen Bestand ansehen. Auf diesen festen Grund gestützt, kann sie weiter bauen, während den Kommunisten und noch mehr den Nationalsozialisten sehr viel politischer Flugsand zugeweht ist, auf den sich kein haltbarer Bau gründen läßt. Man muß bedenken, daß ein sehr großer Teil derer, die dieses Mal von der allgemeinen Not aus ihrer politischen Trägheit aufgeschreckt wurden, unter günstigeren Verhältnissen entweder wieder fortbleiben oder anders wählen. Unsere Aufgabe ist es, mit dafür zu sorgen, daß in der Arbeiterschaft dieser völlig unpolitische Geist verschwindet, der glaubt, irgend etwas zu ändern, wenn man einmal an die Urne stürzt und dann so radikal wählt wie möglich. Aus Wut oder Enttäuschung kann nie fruchtbare Arbeit gestaltet werden! Aus diesen politisch bisher nicht mobilisierten Kreisen haben auch die Kommunisten, dank ihrer skrupellosen und verheerenden Propaganda, einen Teil ihres Stimmenzuwaches gezogen.

Die großen Gewinner dieses Wahlkampfes aber sind die Nationalsozialisten. Sie haben ihre Stimmenzahl verachtfacht (von 810 000 auf 6,4 Millionen) und sind aus einer Splitterpartei zur zweitstärksten mit 107 Mandaten aufgestiegen. Sie sind weit eingebrochen in die Front der bürgerlichen Parteien, wohl auch in die Massen der proletarischen — besonders der jungen — Wähler. Aber ihre Gewinne sind viel höher als alle Verluste der bürgerlichen Parteien zusammen. Ein Zeichen dafür, daß die Nationalsozialisten den Löwenanteil der früheren Nichtwähler und der Jungwähler an sich gezogen haben. Es würde viel zu weit führen, an dieser Stelle auf die Gründe im einzelnen einzugehen. Ihr Programm ist deshalb so zugkräftig, weil es eine Mischung aus nationalsozialistischen, antikapitalistischen und sozialen Phrasen ist, also weiten Kreisen des Bürgertums, das von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Kreisen zersetzt wird, geradezu aus der Seele gesprochen. Wir haben schon einmal eine nationalsozialistische Welle gehabt, im Mai 1924. Damals erhielten die Nationalsozialisten 1,9 Millionen Stimmen. Aber die jetzige ist nicht nur darum gefährlicher, weil sie so viel höher ist, sondern weil die Nationalsozialisten heute über eine ziemlich festgefügte und über fast ganz Deutschland sich erstreckende Parteiorganisation verfügen. Ferner ist es von Bedeutung, daß sich der heutige Nationalsozialismus einem in Auflösung begriffenen Bürgertum gegenüberstellt. Die Nationalsozialistische Partei von heute ist etwas anderes als nur eine Fortsetzung der bürgerlichen Reaktion in anderer Form. Sie ist etwas Neues, nämlich die organisatorische Form des deutschen Faschismus. Sie ist daher für die deutsche Arbeiterschaft viel gefährlicher als zuvor. Nichts wäre in diesem Augenblick verfehlter, als zu glauben, der Nationalsozialismus würde sich selbst totlaufen und verschwinden, wie er gekommen ist. Die faschistische Gefahr kann nur gebannt werden, wenn die Arbeiterschaft auf dem Posten steht und auf allen Gebieten den Kampf gegen den Nationalsozialismus aufnimmt. Dazu gehört aber auch der Kampf gegen die kommunistische Zerstörungsarbeit in den Gewerkschaften, gegen ihre sinnlosen Putz- und Streikpläne. Denkt an Italien! Auch dort konnte der Faschismus nur darum seine Gewaltherrschaft antreten, nicht weil er so stark war, sondern weil die Arbeiterschaft schwach war in ihrer Spaltung. Die Kommunisten sind nicht die Bekämpfer des Faschismus, sondern seine Schrittmacher!

Kommen wir nun zu den Besiegten des 14. September: den bürgerlichen Parteien. Konnten diese außer den Nationalsozialisten 1928 noch 57 Proz. aller Stimmen auf sich vereinen, so waren es jetzt nur noch 44 Proz. Die bisher

stärkste unter ihnen ist zerstört worden: die Deutschnationale Partei. Was aus ihr und ihren Trabanten geworden ist, zeigt folgende Tabelle (Stimmen in 1000):

	Mai 1928			September 1930	
	Stimmen	Mandate		Stimmen	Mandate
Deutschnationale	4380	73	Deutschnationale	2 461	41
Sächs. Landvolk	128	2	Deutsch. Landvolk	1 105	18
Landbund	200	3	Landbund	194	3
Deutschnat. Frakt.		78	Konservative . . .	314	5
Christlich-nation.			Christlich-Soziale	870	14
Bauernpartei . .	562	9	Hannoveraner . .	144	3
Hannoveraner . .	195	3	geplante Fraktion		43

Der Rest der alten Deutschnationalen Partei unter Hugenberg hat nur 7 Proz. statt wie bisher 14,3 Proz. erhalten. Unter den abgeplitterten Gruppen, die auszogen, um die „neue große Rechte“ zu bilden und deren Wortführer Treviranus so viel schwätzte wie eine Fraktion von 100 Mann, sind der Landvolkliste (Schiele-Landbündler und frühere Christlich-nationale Bauern) 18 Mandate zugefallen. Kläglich genug, wenn man denkt, welche Rolle sonst der Landbund innerhalb der deutschen Rechten spielte. Beachtenswert ist der Erfolg der Christlichsozialen, die bereits bei verschiedenen der letzten Landtagswahlen und bei den Kommunalwahlen mit eigenen Listen aufgetreten waren. Aber geradezu katastrophal blamiert ist die neue Konservative Partei der Herren Westarp und Treviranus. Hätte sie nicht mit dem Landvolk enge Listenverbindungen gehabt, kein einziger von ihnen wäre im Reichstag erschienen. Alle diese einzelnen Grüppchen wollen sich zu einer gemeinsamen Fraktion zusammenschließen. Unter den übrigen bürgerlichen Parteien hat die Wirtschaftspartei, die Partei der politischen Krämerseelen, zwar ihre Stimmen und Mandate gerettet, aber ein Geschäft konnte sie bei den Wahlen nicht machen. Aber sie hat schon angemeldet, daß sie bereit ist, mit jedem in eine Koalition zu gehen, ganz gleich, ob Nazis oder Sozialdemokraten, der die Gewerbe- und Realsteuern senkt. Besser haben das Zentrum und die Bayerische Volkspartei abgeschnitten, die zusammen eine gute halbe Million Stimmen und 9 Mandate gewannen, anteilmäßig aber auch zurückgegangen sind. Die christlichen Gewerkschaften, die einstmalig gegen den Marzischen Bürgerblock rebellierten, haben dieses Mal nicht nur treu in den Reihen des Zentrums gestanden, sondern sich durch ganz besondere Angriffslust gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften ausgezeichnet. Die liberalen bürgerlichen Parteien haben ebenfalls sehr stark verloren. Ihr Rückgang geht unaufhaltsam vor sich, trotz „Sammlung“ und Umbenennungen. Die bürgerliche Jugend hat genug vom Liberalismus und vom Jungdo-Geist ist sie auch nicht angesteckt worden: sie ist zu den Faschisten gegangen.

Das politische Ergebnis der Wahlen ist eine Niederlage der Regierung Brüning, die vergebens gehofft hat, mit einer Mehrheit wiederzukehren.

Es ist nicht Aufgabe der Gewerkschaften, den politischen Instanzen vorzugreifen. Wie immer die Entscheidung fallen möge, für die Gewerkschaften wird wie bisher Richtschnur ihrer eigenen Entscheidung und Stellung sein, ob den sozialen Lebensnotwendigkeiten der Arbeiterschaft Rechnung getragen wird oder nicht. Schon glauben die kurzichtigsten der deutschen Unternehmer, jetzt sei ihre Stunde gekommen. Fordert doch schon die „Deutsche Bergwerkszeitung“ die Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten. Sie fordert offen auf zum Abbau der „Hyperdemokratie“ und des Parlamentarismus. So verlockend es wäre, diese Sorte von „Wirtschaftsführern“ ihrem Schicksal zu überlassen, so unverantwortlich würde es sein, dem Faschismus kampfflos das Feld zu überlassen. Denn ein Trümmerhaufen wäre die Folge. Täuschen wir uns nicht: Der Kampf um die sozialen und politischen Grundrechte der Arbeiterschaft ist mit diesen Wahlen des 14. September in ein entscheidendes Stadium getreten. Sorge jeder dafür, daß wir gerüstet sind! R. R.

Unsere I. Reichskonferenz der Reichs- und Staatsarbeiter

Dom 16. bis 18. September fand im Münchener Gewerkschaftshaus die 1. Reichskonferenz unserer Reichsabteilung B statt. In seiner Begrüßungsrede wies der Reichsabteilungsleiter Kollege Stetter auf den Ausgang der Reichstagswahlen hin, die unter allen Umständen eine Demonstration gegen die jetzige Wirtschaftsordnung bedeuten. Für die Internationalen sind Vertreter aus Belgien, Holland, Frankreich und Oesterreich erschienen, ebenso für das internationale Sekretariat: Müntner und Hartig. Von den Vertretern der Reichs- und Landesbehörden waren sowohl das Reichswehrministerium als auch das preußische Ministerium für Kunst und Wissenschaft, das preußische Ministerium des Innern, das Ministerium für Volkswirtschaft und die bayerische Staatsregierung vertreten. Ferner waren vertreten die Reichstagsfraktion und die preußische Landtagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei, der Ortsausschuß München des ADGB, sowie örtliche gewerkschaftliche Organisationen.

Nach einer kurzen Begrüßungsansprache des Kollegen Engel, München, wies der Verbandsvorsitzende Schumann auf die Konsequenzen des Zusammenschlusses der Organisationen im Gesamtverband hin. Es muß das Eigenleben der einzelnen Gruppen auch im Gesamtverband gesichert bleiben. Nicht zuletzt aus der fürchtbaren Wirtschaftskrise erklärt sich der Wahlausfall vom 14. September. Diese wirtschaftlich Schwache und Deklassierte sind in die Irre gegangen und haben ihre Stimme den Volksfeinden gegeben. Es stehen uns harte Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit bevor. Im Kampf um die Sozialpolitik müssen wir unsere ganze Kraft einsetzen. Die einzige Volkspartei Deutschlands ist die Sozialdemokratische Partei, die im Bunde mit den Gewerkschaften den Kampf gegen die Kapitalinteressenten aufnimmt.

Nach weiteren Begrüßungsreden und Bildung des Büros begann Ministerialrat Kollege Weck seinen Vortrag über „Die Reichs- und Staatsarbeiter in der Sozialversicherung“. Mit vielem Zahlenmaterial und Einzelbeispielen begründeten Darlegungen wies der Referent auf die soziale Entwicklung Deutschlands und die Schwierigkeiten, die sich insbesondere in der letzten Zeit durch den Abbau der Sozialleistungen ergeben haben, hin. Der Redner behandelte insbesondere die Krankenversicherung und die Unfallversicherung, soweit sie sich auf die Frage der Staatsarbeiter beziehen. Folgende Entscheidung wurde hierzu angenommen:

„Die Reichskonferenz erhebt schärfsten Protest gegen die Verschlechterung der Kranken- und Arbeitslosenversicherung durch die Notverordnung vom 26. Juli 1930, die angeblich auch zur „Hebung“ sozialer Notstände erlassen worden ist. Soziale Notstände können nicht durch Verschlechterung der Sozialgesetze behoben werden, sondern bedingen umgekehrt einen Ausbau dieser Gesetze zugunsten der schutzbedürftigen Arbeitnehmer. Die Verordnung hat daher zu einer Vermehrung der sozialen Notstände geführt. Die Konferenz erwartet, daß der neue Reichstag die Verordnung aus diesem Grunde sowie vor allem aus verfassungsrechtlichen Erwägungen erneut aufhebt und durch gesetzliche Vorschriften mit sozialem Inhalt ersetzt. Soweit es sich um die besonderen Interessen der Reichs- und Staatsarbeiter handelt, fordert die Konferenz: Beseitigung der Vorschrift, die das Ruhen des Kranken- und Hausgeldes beim Fortzug von Arbeitsentgelt während der Krankheit vorsieht. Einbeziehung aller in Betrieben und Verwaltungen auch bei Reich und Ländern beschäftigten Arbeitnehmer in die reichsgesetzliche Unfallversicherung. Bis zur Schaffung einer dahingehenden reichsgesetzlichen Regelung wird von den Landesregierungen erwartet, daß sie ihre Arbeitnehmer, soweit diese bisher von der reichsgesetzlichen Unfallversicherung noch nicht erfasst werden, der staatlichen Eigenversicherung des Bundes unterstellen. Ausbau der Invalidenversicherung unter Anpassung ihrer Leistungen und der Voraussetzungen für deren Gewährung an die Angehörigenversicherung sowie maßgebende Mitwirkung der Versicherten bei der Verwaltung der Versicherungsträger.“

Alsdann gab Kollege Stetter einen ausführlichen Bericht über die Reichsabteilung B, der neben den Reichs- und Staatsarbeitern auch die Kinos, Theater und Varietés sowie das Personal der Selbstverwaltungskörperschaften (Versicherungsanstalten usw.), ferner das Personal der Mittropa und der staatlichen Heilanstalten und Krankenhäuser eingeschlossen sind. In Reichs- und Staatsbetrieben sind zurzeit 58 857 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, davon gehören 39 796 dem Gesamtverband an. Es muß also noch eine umfangreiche Agitation geleistet werden. Auch die Erfassung der Beamten und Angestellten in Reichs- und Staatsbetrieben ist gerade angesichts der politischen Situation außerordentlich wichtig.

Der Vortragende schilderte dann die Verhandlungstätigkeit der letzten Monate und ging ausführlich auf das Gebiet der Lohnfrage über, das in den letzten Jahren nur noch in immer mehr verlangsamtem Tempo vorwärts gekommen ist.

Es muß alles daran gesetzt werden, daß das Schwergewicht in unserer gewerkschaftlichen Organisation liegt. Andererseits haben auch Staat und Reich die Pflicht für ein halbwegs erträgliches Auskommen zu sorgen. Eine wichtige Errungenschaft sind die Zusatzkassen, die in fast zehnjährigem Kampf endlich erreicht wurden. Leider sind sie noch nicht über ganz Deutschland einheitlich. Der Redner schließt mit einem Appell für einen deutschen Volksstaat.

An der Konferenz nahmen nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission 144 Vertreter und Gäste teil.

In der Diskussion wurde gefordert, daß mit der Reichsabteilung B allmählich Post und Telegraphie sowie Reichswasserbau zusammengelegt werden, damit die Einheitlichkeit aller Reichs- und Staatsarbeiter organisatorisch hergestellt werde. Ferner sei bei Lohnbewegungen engste Fühlungnahme mit den Eisenbahnern notwendig.

Eine eingehende Darlegung gab Kollege Scherff über die Tätigkeit des Beamten-Sekretariats. Er betonte unsere grundsätzliche Einstellung zum Berufsbeamtentum. Er forderte zur regen Mitarbeit in der Beamtenbewegung unseres Verbandes auf.

In den vorgelegten Entscheidungen zu diesem Punkt der Tagesordnung wurde die sofortige Einführung der achtstündigen Arbeitszeit in den Betrieben und Verwaltungen des Reichs und der Länder gefordert, ferner Herbeiführung einer starken Kaufkraft durch Hebung der Löhne und Herabsetzung des rentenbezugsberechtigten Lebensalters auf 60 Jahre. — In einer weiteren Entscheidung wird gegen die Schließung staatlicher oder kommunaler Theater Stellung genommen. Es ist notwendig, daß die gesamte Arbeiterschaft den Kampf um die Erhaltung des deutschen Kulturtheaters unterstützt. Der Appell wird an das gesamte in Theater, Lichtspielen und Varietés beschäftigte Personal gerichtet, sich dem Gesamtverband anzuschließen. Eine Reihe von Anträgen wurde der Reichsabteilung und dem Verbandsvorstand überwiesen.

Der zweite Tag der Konferenz brachte ein hochinteressantes Referat des Kollegen Müntner über „Die Arbeiter und der Staat“. In einem großzügigen historischen Rückblick kam der Referent zu einem Vergleich zwischen dem Deutschland der Vorkriegszeit und der jetzigen Republik. Er schilderte die wichtigsten Artikel der Weimarer Verfassung und wies nach, daß Verfassungsfragen Machtfragen sind. Würden wir die Weimarer Verfassung voll durchsetzen können, so wäre damit ein weiterer Schritt für den deutschen demokratischen Volksstaat gewonnen. Jedenfalls muß alles daran gesetzt werden, um diesen Staat so auszubauen, daß wir in ihm als Staatsbürger leben können. Deutschland kann nicht kosakisch, bolschewistisch oder faschistisch regiert werden, wir müssen diesen Postulaten gegenüber die Forderung setzen auf Einigkeit, Recht und Freiheit. Innenpolitisch brauchen wir eine geistige und kulturelle Erhebung unseres Volkes und außenpolitisch gilt das Wort Karl Marx: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“

Alsdann wurden die Sonderfassungen der Reichsabteilung B beraten sowie die Wahl der Reichsabteilungsleitung vorgenommen.

In seinem Referat über Betriebsrätefragen gab Kollege Römer ein ausführliches Bild über all die Schwierigkeiten sowie die Anwendung des Betriebsrätegesetzes in der Praxis für die Betriebsräte. Nach einem trefflichen Schlußwort des Vorsitzenden Kollegen Stetter wurde die Konferenz mit einem Hoch auf den Gesamtverband und die Arbeiterbewegung geschlossen.

Wir führen den Klassenkampf von unten, indem wir unsere politische Macht im Staate stärken, indem wir den Kampf der Gewerkschaften mitführen und mit allen Kräften unserer Partei dienen. Wir führen ihn, indem wir der Demokratie, die im Staate gesiegt hat, nun auch in der Wirtschaft Bahn zu brechen versuchen, indem wir die Einflußsphäre der Gemeinwirtschaft gegenüber der kapitalistischen Privatwirtschaft zu erweitern bemüht sind. Wir wollen die Volksherrschaft über die Volkswirtschaft — was ist das anderes als Sozialismus! Wir wollen Sozialismus nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel zum Zweck. Er soll die arbeitenden Menschen freier machen, ihnen ein menschenwürdiges Dasein sichern. Und wir wissen, daß der Sozialismus nie das Werk brutaler Gewalt sein kann, sondern nur das Ergebnis verständnisvoller geförderter organischer Werdens. An diesen Sozialismus — der etwas ganz anderes ist als das, was in Rußland so heißen will — glauben wir! Friedrich Stampfer.

Notverordnung für die Krankenkassen ohne Not

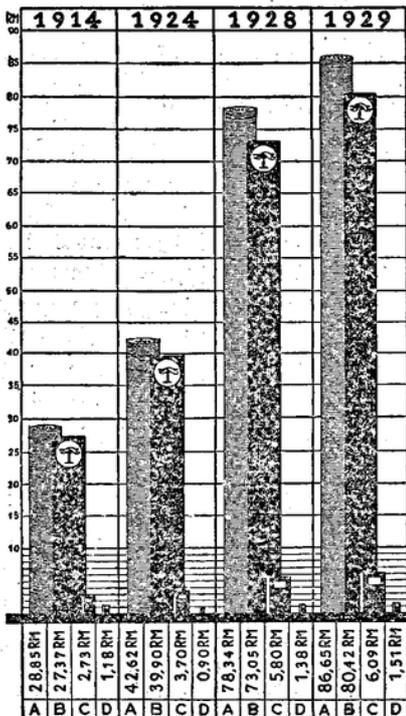
Der Eingriff in die Krankenversicherung durch die Notverordnung des Reichspräsidenten beruht auf der Voraussetzung, daß (wie ja auch immer wieder in der bürgerlichen Presse behauptet wurde) in der Krankenversicherung sich erhebliche Mißstände herausgestellt haben. Eine vorurteilslose Betrachtung der Tatsachen, wie sie die Statistik ermöglicht, zeigt aber nichts dergleichen. Vom Hauptverband deutscher Krankenkassen wird im Jahrbuch der Krankenversicherung 1929 (Verlagsgesellschaft deutscher Krankenkassen m. b. H., Berlin-Charlottenburg) eine Erhebung über die Ver-

Die Versicherungsleistungen machen 91,42 Proz. der Gesamtausgaben und 89,69 Proz. der Beitragsentnahmen aus.

Das Gesamtvermögen der Kassen beträgt 37 Proz. der Jahresausgabe, während auf Grund des Gesetzes allein die Rücklagen dieser Ausgabe gleichkommen sollten.

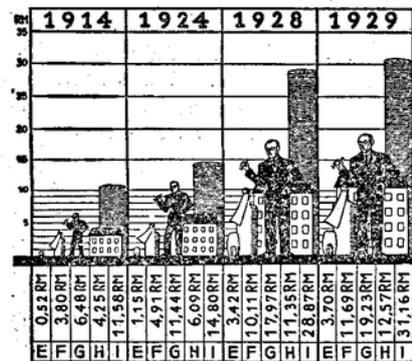
Die Mitgliederbewegung ist durch die Arbeitslosigkeit beeinflusst (Abnahme der versicherungspflichtigen Mitglieder in den Wintermonaten). Im Gesamtergebnis zeigt sich eine wesentliche Zunahme (um 9,5 Proz.) nur bei den Versicherungsberechtigten, ein erneuter Beweis für die trotz aller Sehe zunehmende Anerkennung der von den Ortskrankenkassen gewährten Leistung.

Besondere tabellarische Zusammenstellungen zeigen ebenso wie in den Vorjahren erhöhte Beiträge, aber dementsprechend auch erhöhte Leistungen der größeren Kassen, die auch bei gleichen Beiträgen leistungsfähiger erscheinen. (Siehe Abbildungen.) Dabei ist das Krankheitsrisiko höher als bei den kleineren Kassen. Dieses erhöhte Krankheitsrisiko erklärt sich, wie gleichfalls zahlenmäßig nachgewiesen werden konnte, aus dem Standort der Kassen in Groß- und Mittelstädten. Der gleiche Einfluß des Standortes zeigt sich auch sowohl bei der Morbidität (Behandlungsfälle je 100 Mitglieder) und den dadurch beeinflussten Arzt- und Arzneikosten, als auch beim Verwaltungsaufwand (höhere Gehälter und Mieten an den größeren und damit teureren Orten). Wodurch die höheren Krankheitsziffern (sowohl für Arbeitsfähige als für arbeitsunfähige Kranke) in den Städten — und hier wieder gestaffelt nach Groß-, Mittel- und Kleinstädten — letztlich begründet sind, läßt sich nicht einwandfrei feststellen. Wahrscheinlich wirken verschiedene Momente zusammen: schlechterer Gesundheitszustand, erhöhte Anforderungen der rationalisierten Industrie (Unmöglichkeit der Schonung im Betrieb, mit Rücksicht auf die vom Arbeiter unabhängige Arbeitsintensität und -menge, deshalb vorübergehende Ausschaltung und infolgedessen Arbeitsunfähigmeldung der in ihrer Leistungsfähigkeit durch ein auch nur leichtes Unwohlsein Behinderten), ferner höhere gesundheitliche Ansprüche infolge der



Leistungen und Verwaltungskosten je Mitglied
 A. Gesamtleistungen B. Krankenhilfe
 C. Persönliche Verwaltungskosten
 D. Sächliche Verwaltungskosten

„Die Krankheitshäufigkeit (Erkrankungsfälle mit Arbeitsunfähigkeit und Inanspruchnahme von Krankengeld oder Krankenhauspfllege) ist bei den männlichen Versicherten größer als bei den weiblichen, bei den Versicherungsberechtigten erheblich geringer als bei den versicherungspflichtigen. Offenbar wird von den freiwillig Versicherten bei leichteren und kürzeren Erkrankungen Krankengeld nicht in Anspruch genommen. Die Krankheitsdauer übersteigt umgekehrt bei den weiblichen Versicherten die der männlichen Mitglieder. Das Krankheitsrisiko (Unterstützungstage je 100 Mitglieder) ist bei den weiblichen Versicherungsberechtigten ein wenig höher als bei den männlichen, bei den versicherungsberechtigten wiederum erheblich niedriger. Anstaltsunterbringung (Krankenhaus- und Kurheimpflege) kommt überwiegend für weibliche versicherungspflichtige in Betracht (Hausgehilfinnen). Die Verweildauer im Krankenhaus (durchschnittlich 20 Tage) ist bei den versicherungsberechtigten erheblich kürzer als bei den versicherungspflichtigen (sozial Bessergestellte, Ehefrauen). Betriebsunfälle sind naturgemäß am häufigsten bei den männlichen versicherungspflichtigen. Die Dauer der Arbeitsunfähigkeit im Einzelfalle steht hier wieder in umgekehrtem Verhältnis zu der Häufigkeit der Erkrankungen, wahrscheinlich infolge der größeren Bedeutung der häufiger schweren Straßunfälle für die im Betriebe weniger gefährdeten Mitgliedergruppen. Bei der Wochenhilfe sowohl für die Versicherten als für die Familienangehörigen zeigt sich eine Zunahme der Stilltage je Fall. Etwa vier Fünftel aller Wöchnerinnen haben ihre Kinder gestillt, und zwar zum größten Teile volle zwölf Wochen. Dagegen wird noch wenig (nur etwa von einem Fünftel der Versicherten) Gebrauch gemacht von den Möglichkeiten der erweiterten Wochenhilfe, d. h. von dem Niederlegen der Arbeit und dem Bezahlen des Wochengeldes bereits für die fünfte und sechste Woche vor der Entbindung. Auch die Gewährung von drei Vierteln des Grundlohnes als Wochengeld auf Grund der Novelle zur RVD. vom 18. Mai 1929 hat hier wahrscheinlich wegen mangelnder Aufklärung noch keine wesentliche Besserung gebracht. — Der Rechnungsabluß zeigt gegenüber dem Vorjahr nur eine geringfügige Steigerung der Einnahmen (um knapp 5 Proz.), die etwa derjenigen der Durchschnittslöhne entspricht. Die von einer Reihe von Kassen durchgeführte Forderung der Beitragszahlung wurde erzwungen und wird voll und ganz ausgewogen durch den Einnahmeverlust infolge der Arbeitslosigkeit.



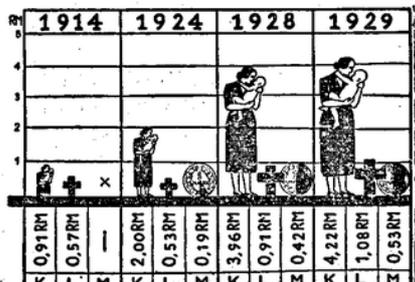
Ausgaben für Krankenhilfe je Mitglied.
 E. Zahnbehandlungskosten F. Arznei- und Heilmittelkosten G. Arztkosten H. Krankenhauskosten
 I. Krankengeld

Wie auf Grund besonderer Berechnungen festgestellt werden konnte, beträgt der Grundlohn und damit der Krankenkassenbeitrag des Arbeitslosen im Durchschnitt nur 30 Proz. des Grundlohnes beim arbeitenden Mitglied. — Entgegen dem Vorjahr jedoch entsprechend der allgemeinen Entwicklung sind familiäre Sachleistungen mehr als die Barleistungen gestiegen. Der Aufwand für Krankengeld hat sich nur um etwa 3 Proz. erhöht. Am stärksten sind gegenüber dem Vorjahr gestiegen die Kosten für Arznei- und Heilmittelversorgung (um 14 Proz.). Die Arztkosten sind ebenso wie im vergangenen Jahr um 11 Proz. angewachsen. Bei einem Vergleich der Ausgaben je Mitglied 1929 und 1914 weisen Zahnbehandlungskosten und Wochenhilfe die stärksten Steigerungen auf, zwei Gebiete, auf denen die Leistungen, besonders in der Familienhilfe, stark ausgebaut worden sind. Der Verwaltungsaufwand ist im Vergleich zu den Leistungen gegenüber der Vorkriegszeit gesunken,

besseren ärztlichen Versorgung und der Aufklärung der Bevölkerung. Auf jeden Fall zeigt der nicht mehr abzuleugnende Einfluß des Standortes auf die Ausgabenhöhe, daß die Ausgabensteigerung in der gesamten Krankenversicherung wesentlich eine Folge der zunehmenden Urbanisierung (Verstädterung) und Industrialisierung, also unabhängig von der eigentlichen Kassengebarung ist. Damit verlieren die immer wiederholten Behauptungen über „Verschwendung“ und „Mißbräuche“ in der Krankenversicherung ihre sachliche Unterlage.

Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten AG. hat in den letzten Jahren einen sehr erfreulichen Aufschwung genommen, der natürlich von den daran besonders Interessierten, den Arbeitnehmern, mit großer Genugtuung begrüßt worden ist. Wir geben nachfolgend ein Urteil wieder, das über die Arbeiterbank von der Arbeitgeberseite, nämlich dem Verband Sächsischer Industrieller, veröffentlicht wurde:

„Die Entwicklung, die die im Jahre 1924 gegründete Arbeiterbank genommen hat, ist eine ganz außerordentliche gewesen und muß gerade diejenigen, gegen die sich die nicht unerhebliche Kapitalmacht der Gewerkschaften richten wird, zu ernstem Nachdenken veranlassen. . . . Daß die Arbeiterbank die Konzentrierung ihrer Finanzkraft als Voraussetzung wirtschaftspolitischen Wirkens erkannt hat, beweist die Entwicklung der Gewerkschaftsbank in den letzten drei Jahren. . . . Der Arbeiter, der einen Stundenlohn wöchentlich als Beitrag an seine Gewerkschaft abführt, ist im Begriff, sich mit der Gewerkschaftsbank ein Instrument zu schaffen, mit dem er eine immer stärkere Einwirkung auf die deutsche Wirtschaftspolitik und unter Umständen auch auf die Gestaltung der Wirtschaftsform erlangen wird.“



Ausgaben für Wochenhilfe, Sterbegeld und allgemeine Fürsorge je Mitglied. K. Wochenhilfe L. Sterbegeld M. Allgemeine Fürsorge

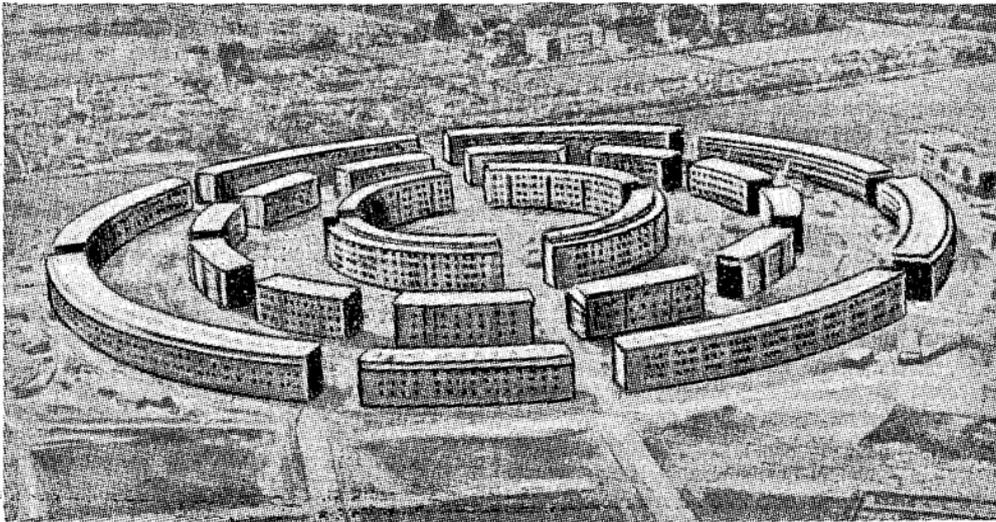
Modernes Bauen

Das Doppelgesicht der modernen Architektur

Im „Bücherkreis“ G. m. b. H. (Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 7/8) ist das „Buch vom Bauen“ von A. Sigrüst erschienen, in dem wohl zum erstenmal das Wohnungsproblem auf grundsätzlich sozialistischen Standpunkt aus behandelt wird. Die nachfolgenden Abschnitte und z. T. auch die Bilder sind dem genannten Werk entnommen.



Das neue Bauen hat ein Doppelgesicht; es ist großbürgerlich und proletarisch, hochkapitalistisch und sozialistisch, man kann sogar sagen autokratisch und demokratisch. Allerdings eines ist es nicht, es ist nicht mehr individuell. Betrachten wir z. B. moderne Bauten, seien es nun Geschäftshäuser, Verwaltungsgebäude oder die auch von uns im Bild schon gezeigte Bundeschule in Bernau, so zeigt sich, daß alle diese Bauten von außenher fast das gleiche Bild bieten, ein Kennzeichen des modernen Bauwerks. Der äußere Schmuck ist auf ein Mindestmaß eingeschränkt oder fällt ganz fort. Als Baustoff sieht man viel Beton, Glas, auch Metall, und man ahnt, daß innen vielfach Stahlgerüste verwendet sind. Oft tritt die waagrechte Linie stark in den Vordergrund, die senkrechte dagegen ist seltener. Das flache Dach herrscht vor. Die Wand ist überall zu sehen, zum Teil geschlossen als Stein oder Betonfläche, zum Teil halboffen durch starke Verwendung von Glas. Gemeinsame Züge bei kapitalistischen, öffentlichen und sozialen Bauten sind also nicht zu verkennen und doch muß von einem Doppelgesicht gesprochen werden. Schon



Die moderne Siedlung — Der Rundling in Leipzig-Cöhlitz

der Verwendungszweck der Gebäude deutet darauf hin. Während man in den letzteren Bauwerken Vorläufer, Hinweise und Versuche zu einem künftigen sozialistischen Bauen sehen kann, ist bei den ersteren doch Zweckbestimmung die Betonung der hochkapitalistischen Tendenz. Das Doppelgesicht des neuen Bauens erkennt man von außen allein nur soweit richtig, als man weiß, wie der Verwendungszweck des Bauwerkes und wer der Bauherr ist. Ist nun diese Art zu bauen ein Stil des modernen Hochkapitalismus, den die nichtkapitalistischen und sozialistischen Bauherren einfach übernommen haben? Ist auch heute wieder — oder vielmehr noch — die breite Volksmasse in ihren kulturellen Bedürfnissen einfach darauf angewiesen, das nachzuahmen, was ihr die herrschende Klasse vormacht?

So kann es wohl nicht gut sein; denn „nachgemacht“ sehen die sozialistischen Bauten nicht aus, und sie sind auch keineswegs nach den kapitalistischen Bauten hergestellt, sondern dies alles ist in der kurzen Zeitspanne der Nachkriegszeit entstanden. Die Masseniedlungen sind keineswegs wie ein schlechter Abklatsch der Fabriken anzusehen, und es haben die gleichen Architekten für die eine Gruppe von Bauten und Bauzwecke ebenso gut gearbeitet wie für die andere.

Wir stehen also vor den merkwürdigen Tatsachen, daß die moderne Bauweise in ihrer äußeren Erscheinung in hohem Maße einheitlich ist. Sie hat aber, wie es scheint, sehr verschiedene soziale Wurzeln, wird von ganz entgegengesetzten sozialen Schichten getragen und hat dementsprechend auch ganz verschiedene gesellschaftliche Ziele und Ausblicke. Dazu ein paar Belege.

Auf der kapitalistischen Seite sind es gerade die führenden Gruppen des Großkapitalismus, die vielfach die moderne Bauweise begünstigen. Das zeigt die Tatsache, daß die I.-G. Farbenindustrie den Bau ihres neuen Verwaltungsgebäudes in Frankfurt a. M. dem Berliner Prof. Poelsig, einem anerkannten Führer der modernen Richtung übertragen hat und daß ein anderer Führer dieser Richtung, Erich Mendelsohn, verschiedene Kaufhäuser

gebaut, das Haus des großkapitalistischen Verlages Mosse mit einer neuen Fassade versehen und für den gleichen Verlag ein Buch über moderne amerikanische Bauweise geschrieben hat. Auch für private Bauten, für die Landtise und neuen Stadtviertel der Industrie und Finanzgroßbourgeoisie sind vielfach ausgesprochene moderne Baukünstler geholt worden.

Man kann also jedenfalls nicht sagen, daß der Geschmack dieser Bauweise ausgesprochen sozialistisch wäre. Denn wäre er das, so würden die führenden Kapitalisten sich wohl hüten, solche Bauten den Leuten vor die Nase zu setzen und sie würden ihnen auch gar nicht gefallen. Aber Erich Mendelsohn zum Beispiel, der für den Großkapitalismus die Bauten fertigstellte, hat auch für Sowjetrußland Fabriken gebaut. Und die Gehag, die die modernen Bauten in Berlin-Zehlendorf, Brix und Weißensee errichten ließ; die Buchdruckergewerkschaft, die ihr Berliner Haus von Taut erbauen ließ; die Magdeburger Oriskrankenkasse, die ihr neues Verwaltungsgebäude ebenfalls in ausgesprochen modernem Sinn

in Auftrag gab, das sind doch alles Arbeiterorganisationen, die in hohem Maße unter dem Einfluß sozialistischer Gedankengänge stehen und die sicher diesen Stil für ihre Bauten nicht gewählt hätten, wenn sie befürchten müßten, daß ihnen die Bevorzugung eines hochkapitalistischen Geschmacks zum Vorwurf gemacht werden würde. — Zu alledem kommt, daß das neue

Bauen nirgends so viele und so erbitterte Feinde hat, wie im Mittelstand und im Kleinbürgertum. Hier spricht man geradezu mit Wut von „Asphaltblüten der Großstadt“, von „Zerstörung aller Traditionen“, von einem „Vernichtungskampf internationaler Mächte gegen die deutsche Seele“ oder von „Kultur-Bolschewismus“. Die Architekten, deren Können zu gering ist, um mit der neuen Bewegung Schritt zu halten, tun sich in „völkischen Blocks“ zusammen und schreiben über die bedrohte deutsche Seele, womit sie die lohnenden Aufträge meinen, die ihnen zu entgehen drohen. Diese Erscheinung der haltlosen Wut aller Mittelstandskreise paßt in das bisher gewonnene Bild, und die Aufregung verrät deutlich, daß die Auseinandersetzung über die „Geschmacksfrage“ keineswegs eine ästhetische Angelegenheit ist, sondern daß sie politische Hintergründe hat, daß sie wie alle kulturellen Kämpfe nur der Ausdruck für politische und wirtschaftliche Kämpfe ist. Wie überall so fühlen sich auf dem Gebiet des Bauens der kleine selbständige Mittelstand, das Kleinbürgertum eingeklemmt zwischen den Mühlsteinen der beiden Großmächte, zwischen denen der entscheidende historische Kampf begonnen hat, zwischen dem Großkapitalismus und Sozialismus.

Der ganze Zusammenhang der Entwicklung des neuen Bauens aus technischen, wirtschaftlichen und künstlerischen Elementen zeigt deutlich folgende Reihenfolge: 1. Das erste revolutionäre Element ist die Technik. 2. Ihre Wirkung setzt sich in günstiger wirtschaftlicher Situation sehr rasch durch in der Wirtschaft. 3. Sehr viel langsamer gewöhnen sich die Gedanken derjenigen Menschen, die beruflich mit der betreffenden Produktion zu tun haben, daran, nun auch in anderen Punkten ohne zwingende wirtschaftliche Notwendigkeit aus der neuen Technik und aus der durch sie revolutionären Wirtschaft weitere Konsequenzen zu ziehen. 4. Noch viel langsamer geht die Umwandlung der Gedanken, der Wünsche, der Geschmacksrichtung der breiten Masse, der Verbraucher vor sich.

Parzelle — Siedelung — Gemein-Eigentum

Dem Großstädter, der jahraus jahrein in der Stadt lebt, wird nur selten einmal klar, was für ein ungeheuerliches Gebilde solch eine Stadt darstellt. Wer von der kleinen Landstadt oder dem Dorf gelegentlich in die Großstadt kommt, empfindet zwar den Wirbel ihres Verkehrs, stöhnt aber über die großen Entfernungen und möchte nicht gern in einer Wohnung leben, die so dunkel, laut und staubig ist. Trotzdem hält der Zuzug nach den Großstädten dauernd an. Und dann sitzen die Landflüchtigen in einem dieser

Steinkästen, die um die Baublocks herumgebaut sind. Vorn, wenns geht, die lärmenden Straßen, hinten der enge, stickige Hof. Meistens denkt man, eine Stadt kann nicht gut anders gebaut sein, da natürlich die Straßen für den Verkehr da sein müssen, und zwischen den Straßen bleiben eben die Baublocks übrig, auf die man irgendwie aus Stein große Kästen mit Fenstern hinsetzt, damit die Menschen darin wohnen können. — Als der junge Kapitalismus die alten Städte in Großstädte in modernem Sinn umwandelte, da fand er das Privateigentum an Grund und Boden bereits vor. Die eigentümliche Kraft der kapitalistischen Wirtschaft, alles, was sie in die Hände bekommt, in Ware zu verwandeln, bewährte sich in der Zeit des Wachstums der modernen Industrie auch gegenüber dem Grund und Boden. Wo in der Nähe einer Fabrik Arbeits-

kraft eingestellt werden mußten, wurde der Boden zur Ware. In größerem Maßstabe war das dort der Fall, wo die Zusammenballung industrieller Produktionsmittel zum Ausbau einer Stadt, zur Ansiedlung von Arbeitern führte. Zur Ausbeutung durch die Maschine und durch den Handel mit Bedarfsgegenständen gesellte sich mit demokratischer Gleichberechtigung die Ausbeutung durch den Grundbesitzer, den Bauunternehmer und den Hausbesitzer, hinter denen im Laufe der Zeit immer mächtiger das Finanzkapital in seiner Organisationsform als Hypothekbank aufstach. Hatte ein Stadtviertel einmal begonnen, sich überwiegend als Arbeiterviertel zu entwickeln, so mußten hier auch neue Häuser als Arbeiterwohnhäuser gebaut werden, weil „bessere Leute“ als Mieter in ein solches Viertel nicht zu bekommen waren. Ebenso kennt jeder in seiner Stadt die Viertel des Mittelstandes, die des Beamtentums und der Großbourgeoisie.

Im allgemeinen sorgte man dafür, daß die Häuserfronten hübsch gerade an der Straße standen, die Stockwerke einigermaßen gleich hoch waren und eine gewisse Anzahl von Etagen im Rahmen des Bauplanes nicht überschritten wurde. Damit hatte nach außen hin alles eine gewisse prenzische Ordnung, die „anständig“ ausah. An höhere hygienische Forderungen hat damals kaum jemand gedacht. Die Straßen verließen zu den Himmelsrichtungen kreuz und quer; die Lage der Wohnungen hatte mit dem Gang der Sonne nichts zu tun. Alle diese Nachteile des alten städtischen Miethauses sucht man heute bei den im Zusammenhang gebauten Wohnsiedlungen zu vermeiden. Man sucht Wohnungen zu schaffen, die ohne Ausnahme durchlüftet werden können, die im Laufe des Tages in allen Räumen ausgiebig Sonnenbestrahlung haben, von denen jede einzelne mit einem kleinen, vor allem

für die heranwachsenden Kinder wichtigen Garten versehen ist und die schließlich auch Gelegenheit zum Sonnen- und Luftbad bieten.

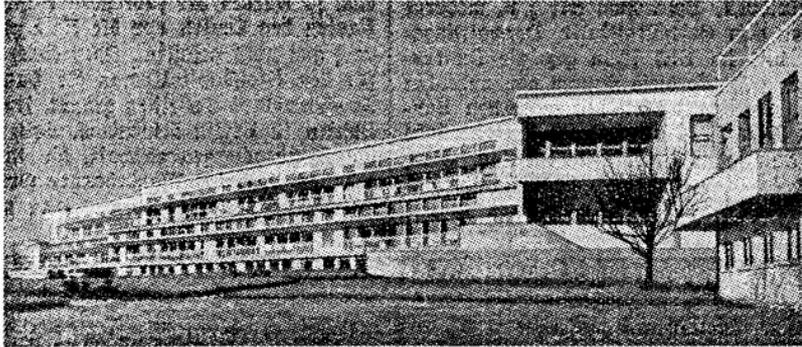
Die Bewegungsgelege des Kapitalismus bringen es nun allerdings mit sich, daß diese neue Form zugleich innerhalb des bestehenden wirtschaftlichen Gesamtsystems einen Widerspruch erzeugt. Eine Großsiedlung, in der noch dazu große Beträge öffentlicher Gelder stecken, ist nicht so leicht zu verkaufen wie früher die einzelnen Parzellen; sie ist also ein unbequemes Handelsobjekt.

Wer wird soviel Geld in eine einzige Anlage stecken, die sich doch meist nur sehr mäßig verzinst. Natürlich klagt der gewerbsmäßige Grundstücks-makler seit Jahren darüber, daß sein Geschäft stillliegt; andererseits ergibt sich durch die Großsiedlung eine Form der Bauwirtschaft, die das private Kapital von einer Beteiligung abschrecken muß. Dadurch wird unter dem Druck unbefriedigenden Wohnungsbedarfs der öffent-

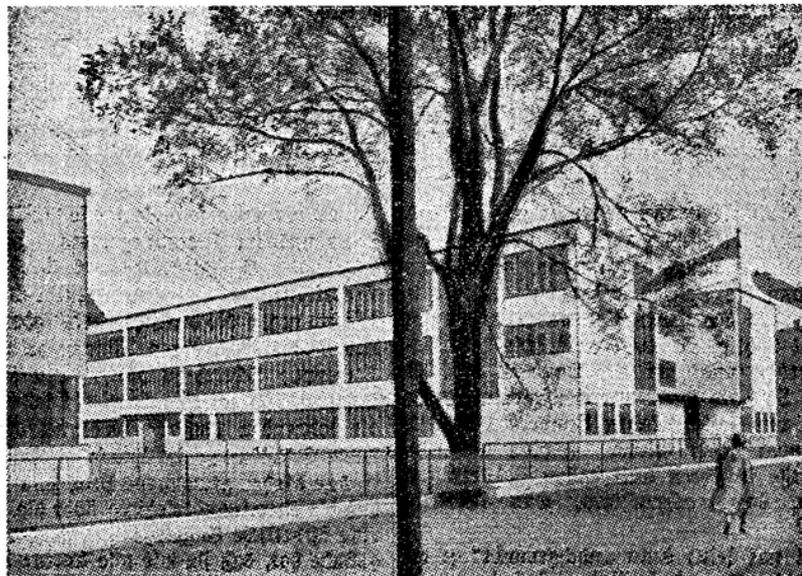
liche Geldgeber: Reich, Staat und Gemeinden, immer von neuem angetrieben, weitere öffentliche Gelder zum Wohnungsbau bereitzustellen. Die Unternehmer und Bürgerlichen aber, die durch die geforderte Steuer sich belastet fühlen, drängen mit aller Kraft auf einen Abbau dieser Steuer und auf die Wiederherstellung der sogenannten freien Wirtschaft, d. h. die Auslieferung des Wohnungsbedarfs an das ungehemmte Spiel von Angebot und Nachfrage. —

Aber auch die Gemeinden selbst, die sich in ihrer Rolle als direkte oder indirekte Hausbesitzer ohnehin nicht recht wohlfühlen, haben allmählich starke Bedenken gegen die Fortsetzung dieser Siedlungspolitik bekommen. Obwohl der tatsächliche Bedarf an Wohnungen zurzeit natürlich keineswegs gedeckt ist, kommt man allmählich an die Grenze des zahlungsfähigen Bedarfs, die einzelne Städte bereits schon erreicht haben. Man hat nämlich trotz aller Bemühungen nicht billig genug zu bauen verstanden. Man rechnet im allgemeinen, daß von den niedrigen Einkommen ein Fünftel als Miete getragen werden

kann, während Leute mit höherem Einkommen normalerweise nur ein Siebentel ihres Einkommens für Miete auszugeben brauchen. Eine Miete, die mehr als ein Fünftel des Einkommens verlangt, gilt mit vollem Recht als untragbar. Nun ist aber, gemessen an den heutigen Gehältern und Löhnen, dieser Punkt im allgemeinen nicht erreicht worden. Praktisch bedeutet dies, daß Siedlungswohnungen, die für Arbeiter gedacht waren, zu einem großen Teil von ihnen nicht bezahlt werden können. Dieser Punkt der Entwicklung wird früher oder später auch bei anderen Städten erreicht werden und dann entsteht die Frage, ob eine weitere Derbilligung durchgeführt werden kann oder ob der ungedeckte Massenbedarf eben ungedeckt bleiben soll. Es ist sehr wohl möglich, daß in absehbarer Zeit auf dem Gebiet des kommunalen Siedlungshauses der innere Widerspruch der kapitalistischen Wirtschaftsweise weit schärfer als heutzutage tritt. Die kommunale Siedlung ist nur ein Entwicklungsschritt auf dem Wege, der von der Parzelle des konkurrierenden Privateigentums zum vollständigen Gemeineigentum an Grund und Boden und zur planmäßigen Bedarfsproduktion im Wohnungsbau führt.



Krankenhaus Waiblingen. Terrassenförmige Anlage. Sonne für den Kranken! Das äußere Bild wird beherrscht von den breiten horizontalen Fensterbändern!

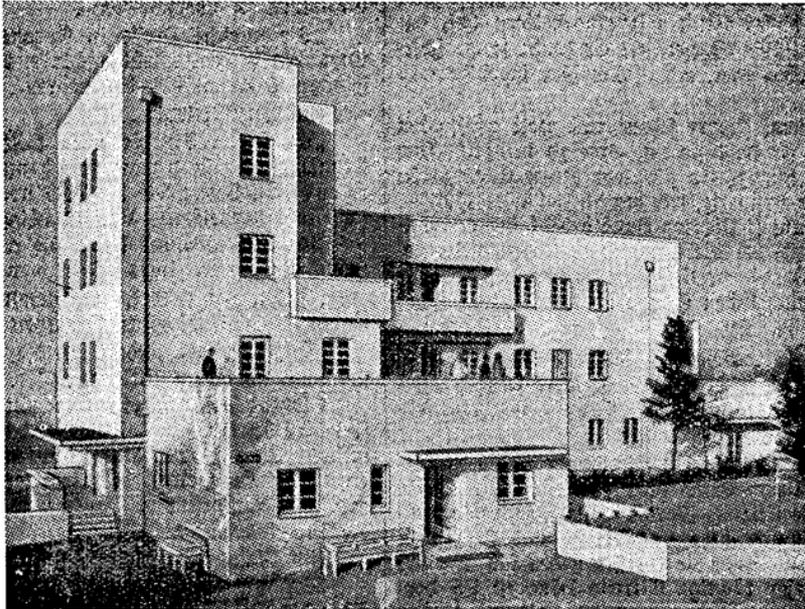


Bauhau Dessau. Glas als Baustoff. Helle Unterrichtsräume und Werkstätten.

Raum ist in der kleinsten Hütte . .

Die Behauptung, daß schon der Kapitalismus selbst die Familie auflöse, finden wir durch unverkennbare Entwicklungen in den Lebensformen der modernen städtischen Bevölkerung bestätigt. Wenigstens als überwiegende Entwicklungstendenz bestätigt, wenn man auch finden kann, daß sich die Dinge recht langsam entwickeln. Das kommunistische Manifest behauptet zwar, daß nicht nur die Familie als wirtschaftlicher Körper, sondern auch Ehe und Familie als Einrichtung der sexuellen Ordnung unter den Einwirkungen der kapitalistischen Wirtschaft allmählich

aufgelöst werden. Die tägliche Erfahrung bestätigt diese Behauptung. — Die überlieferte Familienwohnung beruht auf der Einrichtung der überlieferten bürgerlichen Ehe, die in der Regel als körperlich-seelische Liebesgemeinschaft beginnt, durch das Hinzukommen von Kindern, die gepflegt und aufgezogen werden, zur eigentlichen Familie wird und meistens im Laufe der Jahre immer stärker den Charakter einer wirtschaftlichen Gemeinschaft zur Konsumtionsregelung bekommt. — Wenn wir einmal kurz amerikanische Verhältnisse betrachten, sehen wir dort eine ganz neue Familienform, die sich in letzter Zeit in den Großstädten sehr ausgebreitet hat. Die jungen Eheleute beziehen eine Wohnung von einem, höchstens zwei Zimmern. Möbel werden nur wenige gebraucht, da Schränke und Betten eingebaut sind. Die Reinigung wird im Handumdrehen mit dem Staubsauger besorgt. Die Wäsche wird aus dem Hause gegeben, und dies auch dann, wenn die Frau mitverdient. Es liegt auf der Hand, daß ein solches System nicht nur wirtschaftlich einen ganz anderen Charakter hat, als der alte Haushalt, der die Arbeit einer Hausfrau erfordert, sondern daß es auch ein ganz anderes Maß von freier Beweglichkeit in den Liebesbeziehungen ermöglicht. Diese Art von Wohnung ist sozusagen der bauliche Ausdruck für eine weitgehende Erleichterung der Ehescheidung und für eine ständige Bereitschaft wieder auseinander zu gehen und andere Verbindung zu suchen. — Die neue rasch aufkommende Sitte, neue Wohnungen mit eingebauten Möbeln zu versehen, entspringt diesem Bedürfnis, erleichtert den Umzug und begünstigt das „Nomadentum“ des modernen Großstädters. Diese Erscheinungen sind natürlich dem ruhigen Aufbau einer auf die Dauer berechneten Ehe und Familie ebensowenig zuträglich, wie die zunehmende Berufstätigkeit der Frau. So untergräbt in der Tat der Kapitalismus selbst auf den verschiedensten Wegen die Voraussetzung für die Einrichtung der Ehe. Je mehr aber diese untergraben wird, desto schmäler wird auch der Boden, auf dem sich der Familienhaushalt entwickeln kann und auf dem die Familienwohnung alten Stils eine Existenzmöglichkeit hat. So wird zweifellos die weitere Zerlegung der kapitalistischen Wirtschaft und das revolutionäre Wachstum einer neuen sozialistischen Gesellschaft parallel mit der Wandlung der Familienwohnung zu einer Wandlung des Menschentyps führen.



Wohnblock auf der Weißenhofsiedlung des Deutschen Werkbundes bei Stuttgart. Die äußere Geschlossenheit des Bildes ist hier mit Bewußtsein aufgegeben zugunsten des Versuchs, für jede Wohnung günstigen Grundriß und gesonderten Balkon zu schaffen.

eine Wohnung von einem, höchstens zwei Zimmern. Möbel werden nur wenige gebraucht, da Schränke und Betten eingebaut sind. Die Reinigung wird im Handumdrehen mit dem Staubsauger besorgt. Die Wäsche wird aus dem Hause gegeben, und dies auch dann, wenn die Frau mitverdient. Es liegt auf der Hand, daß ein solches System nicht nur wirtschaftlich einen ganz anderen Charakter hat, als der alte Haushalt, der die Arbeit einer Hausfrau erfordert, sondern daß es auch ein ganz anderes Maß von freier Beweglichkeit in den Liebesbeziehungen ermöglicht. Diese Art von Wohnung ist sozusagen der bauliche Ausdruck für eine weitgehende Erleichterung der Ehescheidung und für eine ständige Bereitschaft wieder auseinander zu gehen und andere Verbindung zu suchen. — Die neue rasch aufkommende Sitte, neue Wohnungen mit eingebauten Möbeln zu versehen, entspringt diesem Bedürfnis, erleichtert den Umzug und begünstigt das „Nomadentum“ des modernen Großstädters. Diese Erscheinungen sind natürlich dem ruhigen Aufbau einer auf die Dauer berechneten Ehe und Familie ebensowenig zuträglich, wie die zunehmende Berufstätigkeit der Frau. So untergräbt in der Tat der Kapitalismus selbst auf den verschiedensten Wegen die Voraussetzung für die Einrichtung der Ehe. Je mehr aber diese untergraben wird, desto schmäler wird auch der Boden, auf dem sich der Familienhaushalt entwickeln kann und auf dem die Familienwohnung alten Stils eine Existenzmöglichkeit hat. So wird zweifellos die weitere Zerlegung der kapitalistischen Wirtschaft und das revolutionäre Wachstum einer neuen sozialistischen Gesellschaft parallel mit der Wandlung der Familienwohnung zu einer Wandlung des Menschentyps führen.



Gehag-Siedlung Berlin-Zehlendorf. Zwei Häuser von der Gartenseite.

die Laube, abends nach Hause. Und wenn du eine Zeitlang alles hübsch nah beisammen hast, kriegst du sicher deine Kündigung und kannst keine andere Arbeit finden als eine geschlagene Stunde weit zu fahren. Da gibt es ja nun ganz kluge Leute, die sagen, jeder Arbeiter soll sein Häuschen haben, so'n Siedlungshaus, gleich mit Garten dabei. — Das hört sich ja ganz schön an. Aber ich frage bloß: wer soll das machen? Ich meine, so die ganze Industrie mit ihren Arbeitern heraus aufs Land verpflanzen? Das sind alles so bürgerliche Illusionen. — Also gewiß wollen wir vorläufig erst mal nehmen, was wir kriegen können. Aber hervor wir nicht den ganzen Laden selber und alleine schmessen, wird aus der ganzen Geschichte nichts Halbes und nichts Ganzes.

Gespräch

„Das Bauen ist eine schöne Lust, daß es aber so viel kauft, das hab ich nicht gewußt.“ (Giebelspruch aus dem Fränkischen.)

Wenn's nur das wäre! Aber das Bauen gehört zu den Dingen, bei denen du eigentlich immer das Gefühl hast: Wie man's macht, macht man's falsch. Und nachher, wenn's fertig ist, steht es da, du kannst nicht mehr viel daran machen, Flicker und Anbauen ist doch immer eine halbe Sache.

Es steht da, das Haus, so wie es nun einmal gemacht worden ist. Und dann: es steht eben da, wo es gebaut ist. Du

willst oder mußt weg, in eine andere Stadt? Bitte sehr, geh du nur. Ich, das Haus, ich bleibe hier. Ich bin ein anständiges Haus und kein lumpiges Zeil. — Im Winter ist man froh, wenn man so'n festes Dach über dem Kopf hat, und man kann heizen, wenigstens die Wohnküche. Na, es gibt ja auch Löcher, die nie richtig warm werden. Aber im Sommer der olle Staub und Dreck in der Stadt, und manche Bleibe kriegt nie Sonne und frische Luft, und andere wieder, da sitzt du unterm Dach, und da brüht dir am Abend, wenn du nach Hause kommst, eine Hitze auf den Schädel — Mensch, da muß man mal raus ins Freie. Manche sind ja zufrieden mit sonnem kleinem Affenkäfig von Balkon, mit 'n paar

Geranien drauf und vielleicht ein Kanarienvogel oder Karnickel oder sowas. Ein bißel Viehzeug hat ja jeder gern. Aber so das richtige ist das nicht. Links und rechts von dir, und oben und unten sind genau sonne Affenkäfige, und da kannst du seinen Krach mit seiner Ollen hören, und riechst den Grünkohl von unten und siehst nebenan, wie Nachbars Erika mit ihrem Schatz pouffiert. —

Aber sieh doch mal zu, vielleicht hast du Glück und kriegst ein Stück Laubengelände ab. Da zauberst du dir den Sommer 'ne Bretterbude hin, pflanzt Kohl, Bohnen und Rabieschen, kannst auch ein paar Hühner halten, wenn Mutter ein bißchen Geschick hat zu sowas. Und wenn du deine Papiere kriegst, hast du noch so einen gewissen Rückhalt. — Freilich, ohne Arbeit ist das auch nix. Da heißt es feste schuften, graben, düngen, gießen, jäten, das hört überhaupt nicht auf. Ist ja sehr gesund, und mal was anderes als in der Fabrik, aber — — Und der blödsinnige Weg ist ja auch nicht ohne. Besonders solange das Wetter unsicher ist: morgens aus der Wohnung in die Fabrik, nachmittags von der Fabrik in

die Laube, abends nach Hause. Und wenn du eine Zeitlang alles hübsch nah beisammen hast, kriegst du sicher deine Kündigung und kannst keine andere Arbeit finden als eine geschlagene Stunde weit zu fahren. Da gibt es ja nun ganz kluge Leute, die sagen, jeder Arbeiter soll sein Häuschen haben, so'n Siedlungshaus, gleich mit Garten dabei. — Das hört sich ja ganz schön an. Aber ich frage bloß: wer soll das machen? Ich meine, so die ganze Industrie mit ihren Arbeitern heraus aufs Land verpflanzen? Das sind alles so bürgerliche Illusionen. — Also gewiß wollen wir vorläufig erst mal nehmen, was wir kriegen können. Aber hervor wir nicht den ganzen Laden selber und alleine schmessen, wird aus der ganzen Geschichte nichts Halbes und nichts Ganzes.

Das Leben der Autos

III.

Pierre antwortet nicht. Seine Frau hat den ganzen Tag gearbeitet: sie hat Wäsche gewaschen, Kohlen geholt, den Fußboden geschauert. Sie hat Kreuzschmerzen. Ihr tun die Schultern weh. Alles tut ihr weh. Aber sie hat nicht am laufenden Band gestanden. Sie kann noch von irgendeinem Brünnetten reden. Pierre aber schweigt. Er zieht sich schweigend aus. Er legt sich schweigend zu Bett. Er denkt konzentriert, eifrig über irgend etwas nach. Ueber den Brünnetten? Ueber das Automobil? Ueber den Tod? Nein, er denkt an den Fleck auf der Tapete dicht neben dem Kopfkissen. Wieviel Ähnlichkeit doch dieser Fleck mit einem Kopf hat, der eine Pfeife im Munde hält! Wie abstoßend! Er denkt lange hierüber nach, dann sagt er: „Hör mal, man sollte hier irgend etwas herhängen...“

Seine Frau stopft Socken. Pierre schaut mit weit geöffneten Augen auf die Glühbirne. Er sieht sie an, ohne zu blinzeln. Das kalte Licht strömt in ihn hinein. Er überlegt einen Augenblick: der Kopf mit der Pfeife, der Brünnetten, wie der hinfiel — komisch — schnell, die Federlasche einhaken! Pierres Hand erhebt sich gewohnheitsmäßig: die rechte Hand, — die linke bleibt reglos liegen. Pierre schläft ein. Die Hand auf der Bettdecke bewegt sich krampfhaft. Der Atem geht zum nächtlichen Tempo über.

Die Frau sieht Pierre an. Wie mager und blaß er geworden ist! Die verdammte Fabrik!... Die Frau seufzt leise, ganz leise, — denn Pierre schläft ja doch jetzt. Er schläft, aber seine Finger zucken kaum merklich. Er hakt sicher noch Federlaschen ein: bis zum Morgen, bis zur Nacht, bis zum Tode.

Früher eilten in Paris eintreffende Ausländer und Provinzler zu den Wundern der Notre-Dame oder zur Gioconda. Heute beschäftigen sie vor allem die Citroën-Werke. Gestern war die wißbegierige Miß Doran im Louvre, morgen fährt sie nach Versailles. Und heute? Heute zu Citroën. Auch die Pariser gehen hin, um sich anzusehen, wie geschickt dieser tüchtige Citroën seine 10 PS herstellt. Die einen von ihnen träumen nur von einem eigenen Wagen; voller Achtung betrachten sie jede beliebige Schraube. Andere hingegen beschäftigen familiär die Riesenöfen; sie haben die Empfindung, bei sich zu Hause zu sein; hat doch jeder von ihnen, ich bitte Sie, seinen eigenen „Citroën“ und eilt sonntags zur Stadt hinaus, um ein wenig Benzin und Staub zu atmen.

Da gehen sie im Gänsemarsch: Snobs in Sportmützen, solide Rentiers mit dem Schleifen der Ehrenlegion, Gips Schönheiten, Engländerinnen, alte Damen aus der Auvergne und zehn oder zwanzig anonyme Melonenhüte. In der Sieberei, wo Metall, rostrot wie die Sonne, spritzt, wo die Arbeiter, mit Öl und Kohlenstaub bedeckt, sich bücken, sich aufrichten und sich wieder bücken, sagt eine der Melonen zuvorkommend zur Ehehälfte:

„Mutterchen, leg deine Boa ab, sonst wirst du dich erkälten!“

In den Händen der Besucher befindet sich ein spezieller Baecker: „Tafel Nr. 7. Besonders zu beachten sind die vier Sterling-Kessel. 16 000 Kilo das Paar.“ An der Spitze geht ein Mann mit den Initialen Citroëns im Knopfloch. Der Führer erklärt:

„Bearbeitung des Metalls mit Sand und Preßluft mittels automatischen Sandstrahlgebläses. Dadurch wird die Reinheit des Tones erreicht.“

Einer der Besitzer eines „Citroën“ denkt lächelnd: Ja, ja, die Reinheit des Tones! Im allgemeinen ist dieser Citroën ein braver Mann und zudem ein echter Franzose. Er versteht, daß ein Automobil nicht nur dauerhaft, sondern auch schön sein muß.

„Beachten Sie bitte... Eine interessante Neuerung... Unser chemisches Laboratorium... Aber nähern Sie sich bitte nicht!...“

Die Warnung ist überflüssig: die alten Damen sind längst davongelaufen. Nur die Miß klappt voller Neugierde ihre Corsette auf. Sie hat alles gesehen: Fakire, Apachen, Kängeruhs. Sie fürchtet sich vor keiner Gefahr.

Vor ihr steht ein Mann mit einem Taucherhelm. Ein Gummischlauch führt ihm Luft zu. Er ist von giftigen Ausdünstungen umgeben. Er arbeitet, wie hier alle, hastig, um nur ja keine Sekunde zu verlieren. Aber jetzt hat man ihn abgelöst. Zehn Minuten Erholungspause. Er nimmt den Helm ab. Er atmet konzentriert. Gewöhnliche Luft ist für ihn ein Laßal. Er ist sehr blaß. Sein Gesicht ist feucht. Die Handflächen sind feucht. Sein Atem geht leicht pfeifend. Dann hustet er, trinkt einen Schluck Milch und stülpt den Helm wieder über. Die Miß ist befriedigt:

„Sehr interessant! Das ist so etwas Ähnliches wie die Hundegrotte bei Capri.“

Der glückliche Autobesitzer fährt fort, sich zu entzücken:

„Man bedenke nur: Reinheit des Tones!“

Um den Festlandtaucher schwebt ein tobbringendes Wölkchen. Er denkt weder an Capri, noch an die Reinheit des Tones, noch auch an seinen baldigen Tod. Er arbeitet einfach.

„Wir haben noch viel zu beschäftigen. Es lohnt nicht, sich hier länger aufzuhalten...“

Richtungspfeile. Aufschriften. Aufzählung der Sehenswürdigkeiten. Nur mit Mühe gelingt es dem Führer, das Heulen der Maschinen zu übersprechen:

„Die stärkste Presse in Europa, Typ Toledo. 1400 Tonnen. Wird durch zwei Elektromotore in Bewegung gesetzt: der eine hundert Pferdekraft, der andere...“

Ein Snob seufzt:

„Da haben Sie die neue Ästhetik! Die Ideen Corbusiers-Sogniers... Kann man etwa danach noch ernsthaft vom Menschen reden?... Sehen Sie sich doch nur ihre Zähne an! Wie sie sich im Stahl verbeißen! Das ist schöner als jegliches Bild!“

Der Riesenstempel senkt sich auf die Matrize. Die Besucher geben ein ehrfürchtiges „Ah!“ von sich.

„Haben Sie gehört, der Stempel allein wiegt hundertfünfzig Tonnen! Diese absolute Exaktheit!“

„Das ist etwas andere als die Hand eines Arbeiters, das irrt sich nicht um einen Millimeter.“

Pfötzlich entsteht ein Durcheinander. Der Meister schreit. Arbeiter kommen herbeigelaufen. Sie haben ihre Maschinen verlassen. In zwei bis drei Minuten ist alles wieder in Ordnung. Nur führt man einen der Arbeiter schnell irgendwohin fort. Er geht mit zugelegten Augen und unsicheren Schrittes. Er hat die Mühe verloren.

Ein Melonenhut fragt: „Was ist denn passiert?“

Sich mit den Arbeitern zu unterhalten, ist nicht statthaft. Aber die Melone ist durch den Zwischenfall so erregt, daß sie sogar die vernünftige Disziplin vergißt. Der Arbeiter aber läuft bereits an seine Maschine. Im Gehen antwortet er:

„Zwei Finger... So ist nun einmal diese Presse...“

Die junge Provinzlerin ist ganz aus der Fassung. Sie wird womöglich gleich zu weinen beginnen. Der Gatte tröstet sie:

„Das ist noch ungewiß... Man kann ihn auch auskurieren. Citroën hat sicher eine vortreffliche Klinik.“

Eine Frau flüstert: „Nur gut, daß ich das Blut nicht gesehen habe...“

Die Miß indes ist nicht aufgeregt. Die Miß hat alles gesehen: Stierhämpe und Schwertschlucker. Sie fragt nur den Führer: „An welcher Hand?“

Der Führer antwortet nicht. Der Führer überlegt, wie er alles vertuschen könnte. Er plappert: „Das ist nicht unsere Schuld!... Wir geben jährlich sieben Millionen für Versicherungen aus. Aber sie wollen durchaus nicht berücksichtigen, daß sie es mit einer Maschine zu tun haben!“

Die Teilnehmer der Führung jedoch hören nicht auf ihn. Sie sind bereits von etwas anderem hingerissen.

„In fünfundzwanzig Minuten wird ein Motor zusammengeleitet. Man bedenke aber, aus wieviel Teilen er besteht!“

Ein Snob lächelt: „Ja, das ist etwas komplizierter als der Mensch!“

Da ist auch schon das letzte Tor. Der Führer verteilt Druckfächer: Vergessen Sie nicht — wir verkaufen gegen Ratenzahlung! Luxus-Kabriolett. Uhr. Kilometerzähler. Tachometer. Benzinstandanzeiger. Oeldruckmesser. Amperometer. Nitrozellulose-Lackierung. Extra dicke Fußmatte. Die Fensterscheiben sind durch einen Griff versenkbar. Das alles nur 27 600 Francs. Bei Bestellung 2500 Anzahlung. In Anbetracht der bevorstehenden Ferienzeit empfiehlt es sich, rasch zu bestellen.

Einer der Melonenhüte lächelt träumerisch. Der wird sicher kaufen. Wenn nicht ein Kabriolett, so einen Torpedo. Er ist jetzt auf den Geschmack gekommen. Er hat alles gesehen. Diese Exaktheit und Sorgfalt! Bei so einem Wagen hat man tatsächlich nichts zu fürchten. Und die Reinheit des Farbtones!

Kreisend kriecht die eiserne Kette. Es lodern die Öfen. Es fließt das Eisen. Um die „Taucher“ schweben zarte Wölkchen. Die Presse vom Typ „Toledo“ arbeitet. Der Stempel senkt sich auf das Metall. 25 000 Menschenkräfte und 45 000 Pferdekraft erfüllen ihre göttliche Bestimmung.

Arbeitsfürsorge in Leipzig

Menschen, die keine Ahnung von der Auswirkung langer Arbeitslosigkeit des Ernährers einer Arbeiterfamilie haben, die die moralischen Schäden der „Arbeitsentwöhnung“ junger Menschen nicht begreifen, die selbst nie arbeitslos waren und nicht zu arbeiten nötig haben, beschimpfen die „Staats- und Gemeinde- rentenbezieher“ und jammern über die „Verrohung“ menschlicher Sitten und Gebräuche. Die Verrohung des geistigen Niveaus des sogenannten gebildeten Standes zeigt sich u. a. darin, daß man besonders langjährige Wohlfahrtserwerbslose sehr gern als asoziale Elemente stempelt, die es durch die großzügige Unterstützungsgewährung von vielleicht 6 bis 10 Mk. pro Woche an einzelne Personen nicht mehr notwendig hätten zu arbeiten. Beurteilt man solche Äußerungen vom Standpunkt der gegenwärtigen sozialen Verhältnisse, dann findet man auch die Ursachen für die Verrohung der Geistesverfassung vieler Personen des „besseren“ und „gebildeten“ Standes. Die Ursachen liegen in der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung tief begründet. Ihre Ausrottung ist erst möglich, wenn die auf das Gemeinschaftsinteresse eingestützte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung erkämpft sein wird.

Um den Folgen der Arbeitslosigkeit in finanzieller und sozial-ethischer Beziehung entgegenzuwirken, sind einige Großstadtgemeinden dazu übergegangen, die Arbeitsfürsorge zur Beschäftigung von Wohlfahrtserwerbslosen einzuführen. Die Gewerkschaften fordern von der Reichsregierung und von den Regierungen der Länder die Bereitstellung von Geldmitteln zur Arbeitsbeschaffung für die Arbeitslosen. Auch das ist Arbeitsfürsorge, die dem gewerkschaftlichen Grundsatz entspricht: nicht „Almosen“, sondern Arbeit und Lohn zu fordern. Leistet der Arbeitnehmer Arbeit, dann bekommt er Rechtsanspruch auf Lohn. Erhält er Unterstützung, so hängt deren Höhe von der Gnade und Barmherzigkeit öffentlicher Körperschaften ab, wobei die Stärke des Einflusses der verschiedenen politischen Parteien — in der Gestaltung der Unterstützung — eine große Rolle spielt. Letzteres zeigt sich nicht allein in den Richtsätzen der offenen Fürsorge von Stadtgemeinden, sondern auch in der Arbeitslosenversicherung und weiter in der Krankenversicherung, wo selbst bisherige Rechtsansprüche der Versicherten ständig abgebaut werden. In grundsätzlicher Beziehung ist durch das Versagen der Reichspolitik die Arbeitsfürsorge der Stadtgemeinden für Wohlfahrtserwerbslose nach gewerkschaftlicher Auffassung zu begrüßen. Wie die Gewerkschaften jeden Mißbrauch der wirtschaftlichen Notlage der Arbeitnehmer von Seiten der Arbeitgeber beim Abschluß von Arbeitsverträgen aufs schärfste bekämpfen, so lehnen sie auch die Ausnutzung der Notlage von Wohlfahrtserwerbslosen durch die öffentlichen Arbeitgeber ab. An dieser Einstellung, zur Frage der Beschäftigung Wohlfahrtserwerbsloser, kann auch die finanzielle Notlage vieler Gemeinden nichts ändern. Würde diese gewerkschaftliche Auffassung nicht eingehalten, dann bedeutet das in Wirklichkeit: Abwälzung der gemeindlichen finanziellen Lasten auf die Aermsten der Armen und Unterstützung der gegenwärtigen Reichspolitik in bezug auf Schonung des Geldbeutels der besitzenden Klasse bei der Lastenverteilung des Krieges und der Folgen privatkapitalistischer Wirtschaftspolitik wie des Zustandes auf dem Arbeitsmarkte. Wird die Auffassung der Gewerkschaften von den Gemeinden beachtet, so ist der Weg zur gewerkschaftlichen Mitwirkung bei der Einführung und Ueberwachung der Arbeitsfürsorge geebnet. Daß das möglich ist, beweist die Einführung der Arbeitsfürsorge in Leipzig.

Bevor die Stadt Leipzig an die Einführung der Arbeitsfürsorge für die Wohlfahrtserwerbslosen gegangen ist, hat zunächst eine Kommission die Arbeitsfürsorge in anderen Städten an Ort und Stelle besichtigt und die bereits gemachten Erfahrungen bearbeitet. An dieser Studienreise nahm u. a. ein Vertreter des Gesamtverbandes teil, weil die Absicht Leipzigs besondere Bedeutung für die Organisation hatte. Manches, was in Köln, Stettin und anderen Städten auf dem Gebiet der Arbeitsfürsorge geleistet worden ist, kann als vorbildlich bezeichnet werden. In der Stadt Köln wird z. B. die Aufnahme eines arbeitsfähigen Erwerbslosen in die Unterstützung des Wohlfahrtsamtes von seiner Meldung bei der Beratungsstelle der Arbeitsfürsorge abhängig gemacht. Die ungelerten Erwerbslosen werden in der Mehrzahl mit Erd- und landwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigt. Besonderer Sorge gilt der berufsgewohnten Jugend, die in Gartenbetrieben und Werkstätten Arbeit erhalten. Hinzu kommt die Beschäftigung von Jugendlichen, die, entsprechend ihres körperlichen und geistigen Zustandes, fast keine Aussicht auf Vermittlung einer Arbeitsstelle durch das Arbeitsamt haben. Das gleiche gilt auch für die Erwerbsbeschränkten. Die Beschäftigung gelernter Arbeiter erfolgt

in eigenen Betrieben der Arbeitsfürsorge. Vorhanden sind eine Anzahl Werkstätten wie Polier- und Schuhreparaturwerkstätten, Schreinerei, Schmiede usw. Außerdem kommt noch die Arbeitsmöglichkeit für Kaufleute und die Arbeitsstätte für erwerbslose Frauen, wo u. a. gleichzeitig eine Ausbildung in der Haushaltsführung, Kinderpflege usw. stattfindet.

Die in Leipzig geführten Verhandlungen zwischen Stadtverordneten, Vertretern des Ortsausschusses vom ADGB, und Rat der Stadt brachten als Resultat eine Vereinbarung, in der die Arbeitsbedingungen bei der Beschäftigung von Erwerbslosen in der Arbeitsfürsorge festgelegt worden sind. Stundenlohn 90 Pf. und Familienzuschlag für die Frau und jedes Kind 2 Pf. pro Arbeitsstunde. Bei Facharbeiten Handwerkerlohn. Beides nach dem Lohn- tarif für ständige Gemeindegewerkschaften. Arbeitszeit: Einzelne Personen und Ehepaare ohne Kinder in den ersten vier Wochen 24 Stunden wöchentlich, dann 32 Stunden und andere Personen entsprechend der Familiengröße (Unterstützungshöhe) bis 48 Stunden wöchentlich. Dazu kommen noch weitere Bedingungen, die hier nicht angeführt zu werden brauchen. Auf einen Gemischten Ausschuß sei noch hingewiesen, der aus Stadtverordneten, Ratsmitgliedern und zwei Gewerkschaftsvertretern besteht und sich mit allen aus der Arbeitsfürsorge ergebenden Fragen zu befassen hat.

Die erzielte Verbesserung des Einkommens Erwerbsloser in der Arbeitsfürsorge ist an folgenden Beispielen ersichtlich:

Eine einzelne Person ohne eigenen Hausstand erhält:				
Unterstützung pro Woche	Wöchentliche Arbeitszeit 24 Stunden	Unterschied pro Woche	Arbeitszeit 32 Stunden ab 5. Woche	Unterschied gegen Unterstützung
in Reichsmark				
6,—	21,60	15,60	28,80	22,80
Eine einzelne Person mit eigenem Haushalt erhält:				
10,—	21,60	11,60	28,80	18,80

Bei einem Ehepaar ohne Kinder beträgt die Einkommens- erhöhung ab fünfte Woche 11,65 Mk. Selbst unter Abzug der in Frage kommenden Beiträge für die Kranken- und Arbeitslosen- versicherung ergibt sich, im Vergleich zu den Richtsätzen der offenen Fürsorge, ein Mehreinkommen, das die Lebenslage der Erwerbs- losen durch die Arbeitsfürsorge wenigstens etwas heben kann. Sie erhalten damit Lohn für geleistete Arbeit und nicht mehr Almosen.

Mit dieser Vereinbarung wurde erreicht, daß Erwerbslose in der Arbeitsfürsorge nach Tariflohn arbeiten. Dem gewerkschaft- lichen Standpunkt ist das ein erfreuliches Zeichen, was durch die Mitarbeit des Ortsausschusses des ADGB, möglich war. Die Ver- treter im Gemischten Ausschuß werden dafür zu sorgen haben, daß der öffentliche Arbeitgeber die Wohlfahrtserwerbslosen nur mit solchen Arbeiten betraut, die eine zusätzliche Arbeit darstellt. Die Vermittlung der Erwerbslosen in der Arbeitsfürsorge erfolgt weiter über das Arbeitsamt, sie werden trotz Beschäftigung in der Arbeitsfürsorge beim Arbeitsnachweis stempeln und für offene Stellen vermittelt.

Die Stadt Leipzig hatte Anfang Juli 25 400 laufende Unterstützungsempfänger; mit den Angehörigen waren es 45 000 Menschen. 9350 waren Erwerbslose, mit Angehörigen 17 200 Personen (Leipziger Volkszeitung Nr. 182). Inwieweit durch die Arbeitsfürsorge eine Entlastung des Wohlfahrtsamtes ein- treten wird, muß sich erst in der nächsten Zukunft beweisen. Letzteres ist ja schließlich der Hauptzweck, daß auch Leipzig zur Einführung der Arbeitsfürsorge geschritten ist. Durch Beseitigung mancher Erscheinungen in der offenen Fürsorge, die allerdings unvermeidbar sind, und schließlich durch Beschäftigung der Wohl- fahrtserwerbslosen, damit sie nach erfüllter Anwartschaft — bei erneuter Arbeitslosigkeit — Arbeitslosenunterstützung beziehen können, will man das Ziel erreichen.

Die Arbeiterklasse muß nicht nur erkennen, daß ihre elende Lage die kapitalistische Weltordnung verschuldet, sondern daß den Weg aus dieser Verelendung nur die vereinte Arbeiterschaft bahnen kann. Dann wird sie aus den Wirren der gegenseitigen Zerfleischung heraus zu geeinter Kraft und zu einem Zustand der höchsten Wohlfahrt kommen, in der Arbeitslosen- versicherung und Arbeitsfürsorge nicht mehr nötig sind. W. Scha.

Der 5. Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale

Der fünfte Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale (RGI), der kürzlich in Moskau abgehalten wurde, feierte gleichzeitig das zehnjährige Bestehen dieser Organisation. Dieses Jubiläum bedeutet zehn Experimentjahre mit den europäischen Gewerkschaften mit dem Zweck, sie für die parteipolitischen Ziele Moskaus auszunutzen. Als seinerzeit der Plan der Gründung der RGI. Lenin unterbreitet wurde, erklärte er prompt: „Ich finde keine Worte, um die Wichtigkeit dieses Unternehmens auszusprechen“. Der Führer des Bolschewismus war sich im klaren, daß die Amsterdamer Internationale eine gewaltige Macht darstelle. Daher inspirierte er die Direktive: die Amsterdamer Internationale, die das bolschewistische Programm ablehnt, ist um jeden Preis zu bekämpfen. Ihre Arbeitermassen sollen für den Bolschewismus „erobert“ werden! Wie dieser Befehl durchgeführt wurde, berichtete in einem Jubiläumsartikel der Generalsekretär der RGI. Losowsky. Er erklärte wörtlich:

„Die gesamte Tätigkeit der Sektionen der Profintern (das ist die russische Abkürzung für Rote Gewerkschaftsinternationale) und der Profintern selbst beruhte in der Durchführung der kommunistischen Politik in der Gewerkschaftsbewegung, in der Gewinnung der Massen für die kommunistische Partei und die Komintern (Kommunistische Internationale), in der Erweiterung des Einflusses der kommunistischen Ideen auf neue und immer neue Schichten der Arbeiterschaft. Darin lag der Sinn der Schaffung der Profintern. diese Tätigkeit vollbrachte die Profintern während ganzer zehn Jahre.“

Eine ganz deutliche Sprache: also, die Politik der Komintern, die in erster Linie auf die Erhaltung des Bolschewistenregimentes in Rußland hinauszielt, ist für die RGI. ausschlaggebend. In Erfüllung dieser Aufgabe wurden die Gewerkschaften der Amsterdamer Internationale unterminiert und geschwächt. Die Tagesordnung des fünften Kongresses der Profintern lieferte einen neuen überzeugenden Beweis dafür, daß die Führer der Profintern aus den Erfahrungen der letzten Jahre nichts gelernt haben. Vielmehr war für die Kongreßleitung Stalins „linker Kurs“ die größte Weisheit. Schlagworte und wieder Schlagworte bildeten die Themen der Verhandlungen. Wieder finden wir hier zunächst den alten guten Bekannten, das ist der Punkt über die „Bekämpfung der Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges“. Losowsky verkündete wiederum, daß „das Proletariat vor der Aufgabe stehe, den Kampf gegen die Kriegsgefahr zu organisieren“. Selbstverständlich steht dabei „im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse die Verteidigung der Sowjetunion“. Losowsky kann offenbar gar nicht begreifen, daß heute selbst politischen Kindern schon klar ist, daß die Frage „der Kriegsgefahr“ nur ein traditionelles Ablenkungsmanöver von der trostlosen inneren Politik des Kremls ist. Die Eigenart dieser Taktik tritt besonders kraß zutage, wenn man bedenkt, daß erst kürzlich auf der Reichskonferenz des halb-militärischen Verbandes „Ossoviachim“, die in Moskau unter dem Protektorat des Revolutionären Kriegsrates, der obersten Militärbehörde der Sowjetunion, stattfand, die Entschließung gefaßt wurde, eine umfassende Militarisierung der Bevölkerung durchzuführen. Wie aus den Sowjetberichten zu ersehen ist, wird der Beschluß auch tatkräftig verwirklicht, speziell werden die Gewerkschaften mit einem militaristischen Geiste vergiftet.

Nicht weniger merkwürdig klingt ein anderer Punkt der Tagesordnung des Kongresses über die Aufgaben der Gewerkschaften in den Kolonien und Halbkolonien. Die unheilvolle „Befreiungsrolle“ des Bolschewismus in den kolonialen und halbkolonialen Ländern ist zu gut bekannt, um hier darauf eingehen zu müssen. Es genügt auf die Politik sowohl der Komintern als auch der Profintern in China hinzuweisen, die in hohem Maße die Schuld an der brutalen Unterdrückung der jungen Arbeiterbewegung dieses Landes trägt. Interessant ist dieser Punkt insofern, als er deutlich demonstriert, daß der Bolschewismus, als eine Bewegung der politisch rückständigen Massen, immer mehr aus den europäischen Ländern hinausgedrängt wird und „Eroberungen“ in den kolonialen und halbkolonialen Ländern suchen muß. So z. B. erfahren wir aus bolschewistischen Publikationen, daß von 55 Sektionen der Profintern ganze 24 außereuropäische sind, während die europäischen Sektionen ein trostloses Dasein fristen. Ein drastisches Beispiel in dieser Hinsicht liefert uns die bolschewistische Gewerkschaftsbewegung in der Tschechoslowakei, wo sie in den letzten zwei Jahren fast ihre ganze Armee verloren hat. In seiner Begrüßungsansprache auf dem Kongreß verwies Losowsky auf die Millionen Mitglieder der Profintern in allen Weltteilen, ohne jedoch die Zahl der Mitglieder genau anzugeben. Bolschewistische Statistik beziffert sie

mit 17 Millionen im Jahre 1950 gegen 7 Millionen im Jahre 1920, zur Zeit der Gründung dieser Körperschaft. Aber selbst zugegeben, daß diese Zahlen der Wirklichkeit entsprechen, ist der sehr wichtige Umstand zu berücksichtigen, daß von den angeführten 17 Millionen ganze 13 Millionen den sowjetrussischen Gewerkschaften angehören und nur 4 Millionen der übrigen Welt. Dabei besteht in Sowjetrußland de facto eine Zwangsmitgliedschaft; die Mitglieder der russischen Gewerkschaften sind vollkommen rechtlos; die Gewerkschaften sind ein Werkzeug der regierenden Partei des Staates. Mit solchen Gewerkschaftsverbänden ist der Arbeitnehmerschaft verdammt wenig gedient.

Genau so wie auf früheren Tagungen, mußten auf dieser Zusammenkunft die Mängel und das Versagen der Profintern reich illustriert werden. „Wir müssen feststellen“, erklärte der Vertreter der Sowjetgewerkschaften, Smolianski, „daß die revolutionäre Bewegung gegenwärtig hinter der durch die Krise geschaffenen Möglichkeiten zurückbleibt. Einstweilen hinken wir hinter der Masse hinterdrein“. Und der Generalsekretär der Roten Gewerkschaftsinternationale selbst muß wieder einmal folgendes, direkt erschütterndes Geständnis ablegen. Er führte u. a. aus:

1. Die kommunistischen Gewerkschafter verstehen es nicht, den Kampfesstimungen der Arbeitermassen Ausdruck zu verleihen. „Die Streiks brechen aus, unerwartet für die in den Betrieben tätigen Mitglieder der revolutionären Verbände und der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Dies ist eine der schwächsten Stellen unserer ganzen Arbeit.“
2. Die Streiks werden schlecht vorbereitet. „Unsere Organisationen fangen an, an den Streik zu denken, wenn sich die Ereignisse bereits zugespitzt haben.“
3. „Die Streikausschüsse werden ernannt oder von einer unbedeutenden Zahl von Arbeitern gewählt.“
4. „Die Losgelöstheit — dank unserer Schuld — der Streikausschüsse von den Arbeitermassen.“
5. „Ein nicht genügendes Durchdenken von Forderungen, die Ausarbeitung von Forderungen in einem engen Kreis von leitenden Funktionären.“
6. Hilflosigkeit gegenüber den „demagogischen Forderungen und linken Phrasen der reformistischen Gewerkschaftsbürokraten.“
7. „Gewaltsame Maßnahmen gegenüber den rückständigen Elementen des Proletariats. Kommandieren.“
8. „Man versteht nicht, den Streik rechtzeitig und organisiert zu beenden, man zieht den Streik in die Länge bis zur völligen Zersetzung und Desorganisation der Streikenden.“
9. „Ratlosigkeit vor den Unternehmern, Unfähigkeit ernsthaft Verhandlungen zu führen.“

„Ich könnte diese Aufzählung unserer Fehler und Schwächen fortsetzen“, fügte Losowsky hinzu, „aber auch das genügt. Wenn wir die Streiks in Europa oder Latein-Amerika betrachten, in Japan oder Vereinigten Staaten, in Spanien oder in Brasilien, in Norwegen oder in Paraguay — überall können wir die aufgezählten Schwächen feststellen.“

Ein klägliches Versagen ist auch in bezug auf die Durchführung der „wichtigsten Aufgaben“ festgestellt worden. Darüber sind in der Resolution zum Bericht des Zentralrates „erste Worte“ und fromme Wünsche ausgesprochen worden. So mußte darin der Kongreß feststellen, daß die

„wichtigste internationale Aufgabe der revolutionären Gewerkschaftsbewegung — die Aufgabe der Internationalisierung der großen Streik-kämpfe — nicht die nötige Verwirklichung gefunden hat. In den internationalen Unterstützungsaktionen für Streikende (englischer Wollarbeiterstreik und andere) ist es dem Zentralrat nicht gelungen, eine ernste finanzielle und moralische Unterstützung der im Kampfe stehenden Truppen des Proletariats durch die RGI-Sektionen zu erzielen.“ Und weiter: „Der Kongreß stellt fest, daß trotz wiederholter Beschlüsse über die Schaffung eines internationalen Kampfsolidaritätsfonds ein solcher bis jetzt noch nicht geschaffen wurde.“ (Zitiert nach der „Roten Fahne“, Berlin, vom 28. 8. 50.)

Die Verhandlungen über diesen Punkt der Tagesordnung dokumentiert besonders anschaulich den Zersetzungsprozeß innerhalb der Profintern. In diesem Zusammenhang möchten wir darauf hinweisen, daß in den letzten zwei Jahren in der Profintern genau so wie in der Komintern Gruppen und Fraktionen entstanden sind. Selbstverständlich führte Stalin gegen sie einen Ausrottungskrieg. Der Stalin-Kurs hat auch den Sieg davongetragen. Auf der fünften Tagung der Profintern ist der Sieg gewissermaßen verankert worden, die Opposition von rechts und links soll gänzlich liquidiert werden. Nur Stalinisten dürfen heute die Gewerkschaftspolitik der RGI. bestimmen.

Der fünfte Kongreß der Profintern sollte keine neuen taktischen Richtlinien festsetzen. Vielmehr bestand seine Aufgabe darin, die Richtigkeit der Entschließungen des vierten Kongresses zu bestätigen. Welche Taktik setzte der vierte Kongreß fest? Organisation bolschewistischer „Streikleitungen“ in den Betrieben, Führung von Wirtschaftskämpfen auch gegen den Willen der freien Gewerkschaften, Erfassung und Ausschaltung der Unorganisierten gegen die Gewerkschaftsorgane, verschärfter Kampf gegen die freien Gewerkschaften und gegen die Sozialdemokratie, Bildung selbständiger bolschewistischer Gewerkschaften, das waren die Direktiven, die im Jahre 1928 verkündet wurden. In diesem Sinne haben nun die Anhänger der Profintern ihre Tätigkeit künftig fortzusetzen. — Die deutschen Delegierten Heckert, Dahlem und Galinat führten als Beispiel die Streikbewegung in Deutschland an, bei welcher

sich angeblich die Taktik des vierten Kongresses der RGL bewährt habe. Diese Behauptung entstellt vollkommen die bekannten Tatsachen. In Wirklichkeit haben die ganz wenigen Streiks, welche von den Kommunisten seit 1928, d. h. seit dem vierten Kongreß der Profintern, organisiert wurden, sämtlich mit schweren Niederlagen geendet. Gerade die Erfahrung in Deutschland und in anderen Ländern beweist, daß die jüngste Gewerkschaftstaktik Moskaus in der Praxis die Arbeiterbewegung nur schädigen kann.

Zum Zwecke der Ausbildung der „revolutionären Kaders“ soll, laut Beschluß des Kongresses, eine „internationale Schule der Gewerkschaftsbewegung“ gegründet werden. Zugleich soll die „revolutionäre Gewerkschaftspresse“ eine Verbesserung erfahren.

Die geschulte organisierte Arbeiterschaft Europas wird zweifellos die Parolen der fünften Tagung der Profintern mit derselben Entschiedenheit zurückweisen, wie sie die schädliche revolutionäre Phraseologie der früheren Kongresse der RGL ablehnte. Geschlossen wird sie das Programm des Stockholmer Kongresses des Internationalen Gewerkschaftsbundes sich zu eigen machen.

Paul Olberg.

Wann ist man organisiert?

Wir hatten im Waldrestaurant halt gemacht, weil wir eine Pause machen wollten und uns keine andere frisch sprudelnde Quelle zur Verfügung stand. Wie das so ist, kein Tisch mehr gänzlich frei, also ran, wo noch Platz ist. Man sagt „Guten Tag“, hört einige Zeit schweigend zu, sucht gleichsam Tuchfühlung, lächelt innerlich, wundert sich auch manchmal, schließlich riskiert man ein Wort, und die Debatte kommt in Fluß. Worüber wird debattiert? Ueber die schlechten Zeiten und die verkehrte Politik. Das Thema ist so „reichhaltig“ und jeder — „versteht“ etwas davon. Und also passierte es mir, daß ich im Laufe des Gesprächs die Frage stellte, „sind Sie eigentlich organisiert?“ Ich hatte mit einem „Nein“ gerechnet und hoffte schon, eine kleine Gewissensrede vom Stapel lassen zu können, man soll jede günstige Gelegenheit ausnutzen, aber es kam anders. „Jawohl“, war die Antwort, „ich bin im Arbeiterjüngerbund“. Er hätte vielleicht auch sagen können, „ich bin Freidenker, Reichsbannermann, Arbeiterturner, bin Mitglied des Sturmvogels oder bin in der Liga für Mutterschutz“, es gibt ja soviel, wo man sich organisieren kann. Alle diese Antworten wären etwas und nichts gewesen. Als ich noch überlegte, wie man diese neue Situation meistern könnte, erfolgte schon der Aufbruch und ich hatte das Nachsehen.

Aber die Antwort gab mir zu denken. Ist es richtig, daß man organisiert ist, wenn man keiner Partei und keiner Gewerkschaft angehört, wohl aber einer anderen Organisation, die Partei und Gewerkschaften befreundet ist? Oder, die Frage von anderer Seite betrachtet, gibt es ein wirkliches Bild der organisatorischen Machtverhältnisse, wenn man die Mitglieder aller Organisationen zusammenzählt und erklärt, in Deutschland gibt es 10 Millionen organisierter Arbeiter, die die Eroberung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung als Ziel haben? Es wird sicherlich mehr Antworten geben als Fragen gestellt worden sind, aber wer hat recht und wo liegt die Macht der organisierten Arbeiterkraft?

Gleich vorweg sei es gesagt. Es ist durchaus ein erfreuliches Klassenbewußtsein, wenn der Besitzer eines Fahrrades sich in „Solidarität“ organisiert oder der Sänger im Arbeiterjüngerbund oder der Verbraucher im Konsumverein, aber es ist nicht eigentliche Macht, die hier zusammengeballt wird. Machtfragen werden auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet entschieden, und jede Entscheidung kostet Geld, weil gekämpft werden muß. Würden diese einzelnen Organisationen diese Kämpfe führen, dann, ja dann müßten sie ihre Beiträge dementsprechend einrichten und sich umstellen. Auf der anderen Seite aber kann ein gewerkschaftlicher Kampf durchaus verlorengehen oder unmöglich werden, obwohl alle Arbeiter des betroffenen Gebietes organisiert sind, leider nur zum kleineren Teil gewerkschaftlich. Die Frage also, wann ist der Arbeiter organisiert, kann nur dahin beantwortet werden, wenn man Mitglied einer freigewerkschaftlichen Organisation ist oder Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Alles andere ist durchaus anerkennenswert und auch notwendig, aber es ist nicht so wichtig wie Gewerkschaft und Partei. Beide stehen im Vordergrund des Interesses, weil sie nur der Allgemeinheit dienen, während die anderen Organisationen mehr dem persönlichen Empfinden Rechnung tragen. Nur wer gewerkschaftlich und politisch organisiert ist und in diesen Organisationen mitarbeitet, ist ein vollwertiges Mitglied der Arbeiterbewegung. P. M e w e s.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Die Kapitalertragssteuer aufgehoben. Der Untersuchungsausschuß des Reichstags stimmte am 17. September einer Verordnung zu, die Kapitalertragssteuer für festverzinsliche Werte ab 2. Januar 1931 aufzuheben. Die Sozialdemokraten hatten beantragt, diesen Punkt von der Tagesordnung abzusehen. Das wurde abgelehnt.

Der Parteivorstand der S.P.D. erläßt unter dem 18. September einen Aufruf an die Partei, in dem er die Ueberwindung der Wirtschaftskrise mit ihrer Massenarbeitslosigkeit als vordringliche Sorge bezeichnet und sich gegen das Spielen mit der Diktatur wendet.

Proteststreik gegen die Pilsudski-Diktatur. Die Warschauer Arbeiter unternahmen am 16. September einen Proteststreik gegen die Diktatur Pilsudskis. Die Fabriken lagen still. Im Einvernehmen mit der Streikleitung arbeiteten aber die Gemeinde- und Staatsarbeiter einschließlich der Straßenbahner weiter, veranstalteten aber Protestversammlungen.

Generalkstreik in Barcelona. Nach einer Meldung aus Madrid ist in Barcelona ein Generalkstreik im Gange, an dem besonders stark die städtischen Straßenreiner und Müllkutscher beteiligt sind. Die Studenten haben sich mit den Streikenden solidarisch erklärt. Soldaten sollen als Streikbrecher befohlen werden.

Für die Frauen

Weibliche Erwerbslose

Es ist nicht richtig, daß die weiblichen Erwerbstätigen weniger von der Arbeitslosigkeit betroffen werden als die Männer. Die Zahl der arbeitslosen Frauen ist außerordentlich groß, ihre Wiedereinstellung in den Arbeitsprozeß geht nur langsam vorwärts. Nimmt man den 15. Mai als Stichtag, so betrug nach den Angaben der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung die Zahl der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger im Jahre 1925 rund 29 000, im Jahre 1927 140 000, im Jahre 1929 rund 240 000 und 1930 sogar 319 000. Daran zeigt sich, daß die Verschlechterungen des Arbeitsmarktes in den einzelnen Jahren auch bei den weiblichen Erwerbstätigen sich in vollem Umfange auswirken. Sobald die Geschäftslage sich verschlechtert, werden auch sie rücksichtslos auf die Straße gesetzt, es ist dann sehr schwer, besonders für die weiblichen Angestellten, wieder Arbeit zu finden. Monat um Monat vergeht, aber der Tag kommt nicht, wo man glückstrahlend sagen kann, daß man wieder eine Stelle gefunden hat.

Bemerkenswert sind auch folgende Zahlen. Von 370 000 weiblichen Erwerbslosen, die Arbeitslosenunterstützung bezogen, befanden sich im Alter von 14 bis 21 Jahren 58 954 (17,5 Proz.), im Alter von 21 bis 45 Jahren 231 870 (68,6 Proz.), im Alter von 45 bis 60 Jahren 39 195 (11,6 Proz.) und im Alter von über 60 Jahren 7886 (2,3 Proz.). Von der Gesamtzahl arbeitsloser Frauen sind mehr als zwei Drittel im Alter von 21 bis 45 Jahren. Dagegen werden die Frauen über 45 Jahre weniger von dem Produktionsprozeß erfaßt und deshalb auch weniger von der Arbeitslosigkeit betroffen.

Ähnlich steht es mit den Krisenunterstützten. Am 15. April 1930 wurden von der Krisenfürsorge nahezu 60 000 weibliche Arbeitslose unterstützt. Sie verteilen sich auf folgende Altersgruppen: im Alter von 21 bis 45 Jahren 47 221 (81,9 Proz.), im Alter von 45 bis 60 Jahren 8714 (15,1 Proz.) und im Alter von über 60 Jahre 1750 (3,0 Proz.). In der Krisenunterstützung machten die Altersgruppen von 21 bis 45 Jahren sogar vier Fünftel aller Unterstützten aus, darunter die 25- bis 30jährigen sogar 22,9 Proz.!

Das sind einige Zahlen aus den Berichten der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung, die sich durch keine Verdrehungskünste hinwegdisputieren lassen. Aus ihnen spricht Not und Elend, der ganze Jammer der Arbeitslosigkeit. Mitte Juli waren auf den Arbeitsvermittlungstellen rund 570 000 weibliche Arbeitssuchende gemeldet. Ein großer Teil davon hat kaum noch Aussicht, wieder eine einigermaßen vernünftige Stelle zu bekommen. Für die jugendlichen weiblichen Erwerbslosen ist es noch leichter, schwerer aber für die älteren Mädchen oder Frauen. Sobald sie das 35. Lebensjahr überschritten haben, verläßt die Suche nach Arbeit fast immer ergebnislos. Es bleibt den älteren erwerbstätigen Frauen und Mädchen nichts weiter übrig, als zu irgendeiner Heimarbeit zu greifen, die schlecht bezahlt wird. Der Andrang zur Heimarbeit ist in den letzten Jahren auch ständig gestiegen. Infolge der schlechten Organisation der Heimarbeiter sind die Arbeitsverhältnisse in den Heimarbeiterberufen besonders trüb-

Es kann heute nicht darüber gestritten werden, ob es richtig ist, daß so viele Frauen in das Erwerbsleben eindringen. Wir stehen vor der Tatsache, daß die Verhältnisse die Frauen dazu zwingen. Für die weiblichen Arbeiterkinder war die Notwendigkeit auch schon früher vorhanden. Heute aber kann sich auch der kleine Mittelstand ein paar arbeitslose Töchter im Hause nicht mehr leisten. Infolgedessen ist der Andrang von allen Seiten groß. Zu dem kommt, daß bei den trüben wirtschaftlichen Aussichten die Männer nur geringe Neigung zum Heiraten verspüren. Man schiebt vor der Gründung eines eigenen Hausstandes zurück. Man kann sich kaum selbst ernähren, auch muß man jeden Tag damit rechnen, die Arbeit zu verlieren. Niemand aber möchte seine Familie dem Elend preisgeben. Alle diese Gründe tragen dazu bei, daß für die weiblichen Erwerbstätigen die Verhältnisse besonders ungünstig liegen.

Es ist für ein erwerbstätiges Mädchen nicht leicht, die Arbeit zu verlieren und monatelang von der Unterstützung zu leben. Fällt die Unterstützung schließlich ganz fort, kommen schlechte Zeiten. Der Lebensunterhalt kostet Geld, die Miete muß bezahlt werden, Einnahmen aber sind nicht vorhanden. Gewiß kann eine Frau durch Selbstbewirtschaftung billiger leben als ein allein-stehender Mann, der seine Wäsche waschen lassen muß, selbst nicht kochen kann usw. Aber auch zum Selbstwirtschaften gehört Geld. Auf die Unterstützung der Angehörigen angewiesen zu sein, ist auch kein erhebendes Gefühl, zumal wenn man jedes Stück Brot vorgehalten bekommt.

Auch für die erwerbstätigen Frauen und Mädchen entsteht so die Verpflichtung, sich ihrer Berufsorganisation anzuschließen. Sie können nicht darauf warten, bis sich die Verhältnisse von selbst bessern. Auch sie müssen wie die Männer für bessere Zustände kämpfen, denn von allein ist noch nie etwas besser geworden. Noch wird die Frauenarbeit schlechter bezahlt als die Männerarbeit, die Gewerkschaften fordern die Gleichstellung. Die Frauen sollen nicht Lohnrücker sein. Daher müssen die Frauen mit den Männern gemeinsam in den Gewerkschaften kämpfen für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen. E. H.

Aus den deutschen Gewerkschaften

Hermann Kube hat am 18. September seinen 65. Geburtstag gefeiert. Schon im Jahre 1903 wurde er zum Hauptkassierer der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands bestellt. Dieses Amt übt er noch heute im ADGB aus. Ebenfalls ist er bereits Vorsitzender des Verbandsausschusses der Zimmerer; außerdem ist er im Zentralausschuß der Reichsbank, im Aufsichtsrat der Volkshilfe, im Aufsichtsrat der Bank für Arbeiter, Angestellte und Beamte und im Aufsichtsrat des Verbandes der Sozialen Betriebe tätig; ferner ist er Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats. Hermann Kube ist sehr jung zur Gewerkschaftsbewegung gekommen, der er schon unter dem Sozialistengesetz diente. Lange Jahre schwerer Krankheit haben an seinem Körper gezehrt, jetzt hat er sie aber glücklich überwunden, und so wünschen wir ihm, daß er noch lange seiner Lebensaufgabe, der deutschen Arbeiterbewegung zu dienen, erhalten bleibe.

Internationale Rundschau

Der große nordfranzösische Streik. Am 26. Dezember 1920 trennten sich die Sozialisten und Kommunisten auf dem französischen sozialistischen Parteitag in der Stadt Tours. Ein Jahr später kam auch die Spaltung in den Gewerkschaften, so daß es in Frankreich noch heute einen sozialistischen und einen kommunistischen Gewerkschaftsbund gibt. Seit jener Spaltung brach jetzt der erste größere Streik aus, der schon allein infolge dieser Tatsache eine prinzipielle Bedeutung hatte. Einen Monat und zwanzig Tage währte dieser Streik von über 100 000 Arbeitern der Textil- und zu einem kleinen Teil auch der Metallindustrie in Nordfrankreich bei Lille, Roubaix und Tourcoing. Am Ende des Streiks waren immer noch 60 000 Arbeiter außerhalb der Fabriken. Wenn sich die Zahl der Streikenden im Laufe dieser sieben Wochen vermindert hat, so ist das vor allem darauf zurückzuführen, daß der Gewerkschaftsbund die Parole ausgegeben hatte, die Arbeiter sollen in den Fabriken, deren Besitzer die Arbeiterforderungen bereits anerkannt haben, die Arbeit wieder aufnehmen. Der kommunistische Gewerkschaftsbund dagegen drängte zum Generalstreik. — Am 1. Juli waren in Frankreich die Sozialversicherungen eingeführt worden, durch die Arbeitgeber- und Arbeitnehmer 4 Proz. des Lohnes in die Versicherungskasse zu zahlen haben, und so mußte sich da, wo ohnehin schon lange auf eine Lohnerhöhung gewartet wurde, die Notwendigkeit einer Aenderung der Arbeitsbedingungen besonders fühlbar machen. Die Arbeitgeber stimmten der Lohnerhöhung durchaus zu, aber unter Führung des Herrn L e y, des Diktators des französischen Textil-

konsortiums, regten sie an, daß die Auszahlung der Lohnerhöhung nur in Form einer „Treuprämie“ am Ende des Jahres für den Arbeiter stattfinden solle, der ohne Unterbrechung, also auch ohne nur einen Tag zu streiken und ohne an der Maifeier teilzunehmen, ein Jahr lang in derselben Fabrik verharrete. Die Arbeitgeber sagten zur Begründung, das sei nur eine Vorsichtsmaßnahme, damit die Arbeiter nicht bei dem in Frankreich herrschenden Arbeitermangel dauernd ohne Rücksicht auf die Produktion ihre Fabriken wechseln, und eine Maßnahme auch dagegen, daß sich die Arbeitgeber die Arbeiter gegenseitig ausmieteten. „Wir wollen nicht die Opfer Eurer Konkurrenz sein!“, erwiderten darauf die Arbeiter, und sie lehnten die „Treuprämie“ ab. Die Arbeitgeber dachten, der Streik würde höchstens 10 bis 15 Tage dauern können und dann schnell zusammenbrechen müssen. Sie irrten sich. Darauf schlugen die Arbeitgeber vor, die „Treuprämie“ solle „Ausdauerprämie“ genannt werden, weil das Wort „Treue“ zu sehr an hündische Eigenschaften erinnere, und eine aus Arbeitgebern und -nehmern zusammengesetzte Kommission solle unter Vorsitz eines Arbeitsinspektors eventuelle Arbeitskonflikte regeln. Wiederum lehnten die Arbeiter ab, da die „Treuprämie“ unter andern Namen immer noch aufrechterhalten wurde. So schritten die Arbeitgeber zu der Konzession, die Treuprämie nicht nur automatisch (und nicht lediglich auf besonderes Verlangen) auszahlen zu wollen, sondern sie auch dann zu zuerkennen, wenn gestreikt wurde. Dadurch hatten die Arbeitgeber das Streikrecht anerkannt. Aber auch hiermit begnügten sich die Arbeiter nicht. Das ganze System der Treuprämie mußte geändert werden, und man verabredete schließlich nach sieben Wochen Streiks: Arbeiter, die während einer einjährigen Probezeit in die Fabrik eintreten, erhalten am Ende eines Jahres eine fünfprozentige Lohnerhöhung. Wer mehr als ein Jahr in der Fabrik ist, erhält die Lohnerhöhung jede Woche ausbezahlt. „In dem Maße, in dem bei einem Streik gegen eine so mächtige Industrie ein Sieg überhaupt erreicht werden konnte, ist er erreicht worden“, sagte Leon J o u h a u x, der Führer der französischen freien Gewerkschaften, und er fügte hinzu: „Wir haben durchgesetzt, daß die Arbeiter ihren Beitrag zu den Sozialversicherungen selbst zahlen und dazu in den Stand gesetzt wurden, daß die Prämie nur bei einer einjährigen Probezeit in Anwendung kommt, daß sie in den Lohn einbezogen wird, daß die Arbeitgeber ihr Reglement aufheben mußten, daß sie gezwungen wurden, unser Streikrecht anzuerkennen, und daß sie schließlich auch die Gewerkschaftsorganisation anerkennen mußten. Dieser Streik hat bestimmt mit einem Sieg unserer Arbeiterförderungen geendet.“

RUNDSCHAU

Die Frage der ungeteilten Arbeitszeit wird heute viel zu wenig beachtet. Ein Industrieller würde sagen: „Man bedenke nur, was es bedeuten würde, wenn alle industriellen Unternehmen ihre Dampfkesselanlagen, Brennöfen, Trocken-, Glüh- und Härteanlagen, Arbeitsmaschinen aller Art durchlaufen lassen könnten, ohne die Unterbrechung am Mittag. Unsummen könnten allein dadurch gespart werden. Was würde ferner gespart durch Fortfall der weiten Wege, besonders in Großstädten, von und zur Arbeitsstelle an Bahnfahrgebern, Fußbekleidung u. a. m. Und welche weiteren Vorteile und Annehmlichkeiten würde es wohl für alle bedeuten, wenn sie sich sagen könnten, etwa um 4 Uhr nachmittags ist Feierabend.“ Aufgabe der Organisationen ist es, überall bei Tarifabschlüssen als Vertreter in staatlichen, kommunalen und Privatbetrieben auf Einführung der ungeteilten Arbeitszeit mit allen zu Gebote stehenden Mitteln hinzuwirken. Gesundheitslich wird sich die ungeteilte Arbeitszeit überraschend günstig auswirken. Wenn man bei der geteilten Arbeitszeit Feierabend hat, ist es Nacht, wo der Mensch bekanntlich schlafen soll. Da wir jedoch das Bedürfnis nach Zerstreuung, nach Freunden und Unterhaltung haben, so müssen wir die Zeit der Nacht nehmen. Die Nachtruhe wird verkürzt, und logischerweise ist man dann nicht so gekräftigt, um zum Arbeiten genügend frisch zu sein. Wer würde wohl nicht die durch ungeteilte Arbeitszeit gewonnene Freizeit zu Bildungszwecken ausnutzen? Der eine erbaut sich am guten Buch, der andere vertieft sich im Gärtchen in Pflanzenkunde, noch andere werden Liebhabergärtner, und wieder andere würden sich mit Hausmusik, Volkshochschulbildung, Gewerkschaftsfragen und noch tausend anderen Dingen befassen können. Der Kernpunkt der ungeteilten Arbeitszeit liegt jedoch bei der Arbeitseinteilung sämtlicher Behörden und der Großfirmen. Wenn hier die ungeteilte Arbeitszeit existieren würde, und jeder müßte, daß, angenommen nach 4 Uhr nachmittags, niemand mehr abgefertigt würde, müßte und würde sich alles danach einstellen. Das Volk würde auf einen ungeahnt hohen Kulturstand gelangen — und Kultur der Masse ist bekanntlich das Thermometer des Wohlstandes eines jeden Volkes. St. S.